

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bred. Druck von E. A. S. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 2. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

In den Entscheidungskampf um Freiheit und Brot!

Die wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, sind in ein entscheidendes Stadium getreten. Die von den Besitzenden, von den Unternehmern beauftragte und gestützte Regierung Brüning hat in ihrem Kampfe gegen die Lebenshaltung und die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft keinen anderen Ausweg gefunden, als den Reichstag am 18. Juli aufzulösen. Am 14. September sollen die Neuwahlen stattfinden.

In einer Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise wird die deutsche Arbeiterschaft vor die folgenschwersten Entscheidungen gestellt, die auf lange Zeit das Schicksal der arbeitenden Klassen bestimmen werden. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sind noch nie so scharf gewesen, haben sich noch nie mit so unerbittlicher Klarheit gezeigt als jetzt, wo die besitzenden Klassen der Arbeiterschaft alle Lasten und alle Opfer aufbürden wollen, die aus dem verlorenen Krieg, aus der tiefgehenden weltwirtschaftlichen Umstellung, aus der unaufhaltbaren Rationalisierung erwachsen. Darüber hinaus geht es um die Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft. Unsere sozialen Gegensätze und ihre Regierung haben den Kampf herbeigeführt, weil sie glauben, jetzt noch günstiger daran zu sein als vielleicht in einigen Jahren, wenn die Wirtschaftskrise wieder vorüber ist.

Wie kam es zu der Reichstagsauflösung? Das Kabinett der Frontkämpfer, wie es sich selber nannte, die reaktionärste aller Regierungen seit der Revolution, wie sie von dem Zentrum, Abgeordneten und Arbeiterführer Schlack geheißen wurde, hatte sich anheischig gemacht, einen Ausweg aus der Finanzkrise des Reiches, aus dem wirtschaftlichen Elend und der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu finden, der zur Gesundung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse führen sollte. Aber der Ausweg, der zur Gesundung führen sollte, war nicht der einzig mögliche und richtige Weg, den Besitz stärker zur Hilfeleistung heranzuziehen. Die einzigen, die bei diesem Ausweg „gesund“ wurden, waren die besitzenden Klassen, die auch vorher nichts entbehrt hatten, und die Kosten dieser Gesundung sollte die Arbeiterschaft tragen, wahrscheinlich, weil sie das Hungern und Entbehren doch schon gewöhnt war. Dem Befehl zufolge arbeitete die Regierung Brüning die Steuergesetze aus, die sich vor allem und zuerst gegen die arbeitenden Klassen der Bevölkerung richteten: Biersteuer, Tabaksteuer, Mineralwassersteuer, Besteuerung der Konsumvereine und Warenhäuser usw. Dazu kam als neueste Errungenschaft die sogenannte Bürgersteuer, eine Steuer nach dem Vorbild der mittelalterlichen Kopfsteuer, die so gerecht erhoben werden sollte, daß der in zwanzig Aufsichtsräten „arbeitende“ Industrielle, der Großgrundbesitzer und der Arbeitslose, der Tagelöhner einen vollkommen gleichen Steueranteil zu tragen hätte. Dazu kamen die weitgehenden Verschlechterungen in der Sozialversicherung, auf die wir schon so oft aufmerksam gemacht haben: Beitragserhöhung und Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Krankenversicherung die Krankenscheinegebühr von 1 Mk. und ebenfalls ein Abbau des Krankengeldes, Verschlechterung des Schlichtungswesens und der Plan eines allgemeinen Lohnabbaues mit Unterstützung der Reichsregierung. Aber man muß es der Regierung lassen, ganz unbelastet blieben auch die besitzenden Klassen nicht. Die Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften sollten von ihren Lantienen zusammen vier Millionen Mark abgeben. Ein unerhörtes Opfer, wenn man bedenkt, daß die Ersparnisse durch den Abbau der Arbeitslosenversicherung allein 115 Millionen bringen sollten, daß 200 Millionen durch die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung und 300 Millionen durch das Notopfer der Beamten und Festangestellten aufgebracht werden sollten. So hatte es sich der Finanzminister Moldenhauer gedacht, Herr Moldenhauer, der jetzt das unerhörte Opfer

bringen muß, statt mit 30 000 Mk. Jahrespension mit nur 20 000 Mk. zufrieden zu sein, wo er doch ganze sieben Monate erfolglos Minister war und außer der Ministerpension nur noch sein Professorengehalt und die Lantienen aus seiner Mitgliedschaft in verschiedenen Aufsichtsräten bezieht.

Als für alle diese schönen Pläne keine Mehrheit im Reichstag zu gewinnen war, sollte das Deckungsprogramm der Regierung Brüning (jetzt mit dem neuen Finanzminister Dietrich) auf Grund des § 48 der Reichsverfassung durchgeführt werden. Daß das verfassungswidrig war, verfuhr nicht. Es ging ja gegen die Arbeiterschaft. Aber die schon erlassenen Notverordnungen wurden auf sozialdemokratischen Antrag aufgehoben. Für diesen Antrag stimmten 236 Abgeordnete (Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, ein Teil der Deutschnationalen). Die Regierung hatte nur 222 für sich. Ihre Niederlage war besiegelt. Aber sie zog nicht die einzig richtige Konsequenz aus dieser Niederlage und trat zurück, sondern sie löste den Reichstag auf, um mit Hilfe des § 48 weiterregieren und diktieren zu können.

„Es muß sich zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk oder ein Haufen von Interessenten sind“, rief der Reichsfinanzminister Dietrich an dem kritischen Tage der Reichstagsauflösung aus. Als ob die Tätigkeit der Brüning-Regierung nicht eine einzige Arbeit im Dienste der Geldsackinteressenten gewesen wäre, immer und immer wieder gegen das Staatsvolk gerichtet. Aber wenn schon das Wort auf die Arbeiterklasse zutreffen soll, dann in ganz anderem Sinne. Jawohl, wir sind interessiert an einer gerechten Verteilung der Lasten aus dem Kriege, den wir nicht gewollt und nicht verloren haben, wir sind interessiert an der stärkeren Belastung des Besitzes, wir sind interessiert an der Besserung unserer Lebenshaltung, an der Erhöhung unserer Löhne, wir sind interessiert an der Erhaltung und an dem weiteren Ausbau unserer sozialen Errungenschaften, wir sind interessiert an dem Ausbau unseres Mitbestimmungsrechtes in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, wir sind interessiert an der Führung in Staat und Wirtschaft, weil diese Führung der Arbeiterklasse gebührt, ihr gebührt dank ihrer überragenden Bedeutung für alles menschliche Leben und für alle menschliche Kultur.

„Feinde ringsum“, das trifft für den jetzigen Wahlkampf auf die Arbeiterklasse und ihre berufenen Vertreter, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die freien Gewerkschaften, zu. Wir haben trotzdem keinen Grund, den Kampf und die Entscheidung zu fürchten. Im Gegenteil, noch nie hat sich so klar die Widersinnigkeit und die brutale Arbeiterfeindschaft der kapitalistischen Wirtschaft erwiesen, noch nie ist es deutlicher zutage getreten, daß diese Wirtschaftsordnung beseitigt und die sozialistische Gemeinwirtschaft eingeführt werden muß, in der alle Klassenunterschiede verschwinden und jeder Arbeitende eine sichere, auskömmliche Existenz bei voller Gleichberechtigung hat. Das ist für uns eine ausgezeichnete Wahlparole! Die deutsche Arbeiterschaft, die in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei die beste Führung hat, wird in diesem Kampfe am 14. September eine Schlacht schlagen und einen Sieg erringen, der uns unserem Ziele nahe bringt. Und gewiß ist uns dieser Sieg, wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterin alle Kräfte anspannt, um im neuen Reichstag eine sozialistische Mehrheit zu gewinnen, die stark genug ist, alle Anschläge der Reaktion zu verhindern und nicht nur zu verhindern, sondern darüber hinaus unsere gerechten Forderungen durchzusetzen. Wir sind gewiß, daß in diesem Wahlkampf, der einer der leidenschaftlichsten und härtesten aller Wahlkämpfe sein wird, die im Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen das ihrige dazu tun werden, um der Sache des Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Ihr Kampf für euch selbst, wenn ihr für den Sozialismus kämpft!

Die besondere Übersteuerung in der Bauwirtschaft hat verschiedene Ursachen:

- 1. den hohen Zinssatz der Bau- und Hypothekengelder; 2. die erhöhten Bauherstellungskosten; 3. die bürokratische Art der Baufinanzierung durch die zuständigen Behörden.

Was den hohen Zinssatz betrifft, so muß erwartet werden, daß auch bei dem Realkredit ein entsprechende Senkung eintritt. Wenn sich auch das Baugeld nicht dem Reichsbankdiskont anschließen kann, so steht doch der heutige Zinssatz der Hypothekengelder in keinem Verhältnis zu den anderen Geldsätzen.

Die Gründe der Erhöhung der Bauherstellungskosten sind unstrittig. Sie werden teilweise gesucht in den Kartellen und Trusten der Baustoffindustrien, teilweise in den technisch und rationell zurückgebliebenen Betrieben, wo auch hier teilweise die Löhne eine Rolle spielen sollen, sowie in der teilweise saisonmäßig bedingten ungleichmäßigen Beschäftigung. Bisher sind alle Versuche, auf diesem Gebiete Besserung zu erzielen, fehlgeschlagen. Insbesondere würde ein gleichmäßiger Geschäftsgang und eine bessere Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr zu Preisensenkungen führen.

Was die bürokratische Art der Behandlung durch die zuständigen Behörden betrifft, so wurde dem Arbeitsausschuß eine Vergleichsberechnung über die Herstellungskosten der Vorkriegszeit mit den jetzigen vorgelegt, aus der sich eine Verteuerung der Baukosten von 9 bis 16 Prozent errechnet, die nach Berücksichtigung aller anderen Faktoren auf die bürokratische Art der Behandlung der Baugenehmigung, der Finanzierung und Überwachung der Herstellung zurückgeführt wird. Eine besonders verhängnisvolle Einwirkung übt dabei auch die Behinderung des Wohnungsbaues durch die verspätete Etschverabschiedung durch die Parlamente aus, die eine genügende Ausnutzung der günstigsten Bauzeiten verhindert. Eine Verbilligung des Wohnungsbaues setzt voraus, daß die Steuerursachen verschwinden. Dem Wohnungsbau gehen sonst jährlich Hunderte von Millionen Mark verloren und die Mieter müssen dauernd dafür die hohen Mieten zahlen.

Teilweise wurde auch die Ansicht vertreten, daß eine Senkung der Baukosten dann eintreten würde, wenn die Bauunternehmer wieder mit eigenem Geld, auf eigene Gefahr und in gegenfettiger Konkurrenz bauten.

Die Vernehmung von 18 Sachverständigen und die Auswertung von vier Referaten haben im Arbeitsausschuß zu dem Gesamtergebnis geführt, daß eine dauernde Belebung der Bauwirtschaft als eines Schlüsselergebnisses im Interesse der Gesamtwirtschaft unbedingt notwendig ist.

Die gefundenen Tatsachen und die Prüfung, inwiefern die gesamte Bauwirtschaft auf Jahre hinaus angeregt und gefördert werden kann, haben zu folgenden Leitfäden geführt:

Leitfäden.

I. Die Beratungen haben ergeben, daß die Fragen der Bautätigkeit und ihrer Finanzierung in engstem Zusammenhange stehen mit der Arbeitslosenfrage und daß beide gemeinsam zu lösen sind. Hierbei ist von der Feststellung auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung der Nachkriegszeit und keineswegs auf Deutschland beschränkt ist. Allerdings kommen für Deutschland in verstärktem Maße noch alle die als Folgen des verlorenen Krieges anzusehenden besonderen Verhältnisse in Betracht, die im Zusammenhange mit der menschliche Tätigkeit zurückdrängenden Rationalisierung der Produktion eine Lage geschaffen haben, die unverzügliches Einschreiten verlangt.

Da die Arbeitslosigkeit stark durch den Rückgang der Beschäftigung in der Bauwirtschaft beeinflusst wird, ist es erforderlich, daß

ein Plan von bestimmter Dauer,

der sich über mehrere Jahre erstreckt, für die gesamte Bauwirtschaft und ihre Finanzierung geschaffen wird.

Hierbei wird von der im Wirtschaftsleben allgemein anerkannten Tatsache ausgegangen, daß die Ankurbelung der Bauwirtschaft befruchtend und belebend auf die gesamte übrige Wirtschaft wirkt.

Die auf Grund eines solchen Planes für Reich, Länder und Gemeinden sich ergebenden Auswirkungen würden in erhöhtem Maße bestehen, und zwar würden sich neben allen anderen Steuern insbesondere die Lohnsteuer, Einkommensteuer und die Umsatzsteuer wesentlich ertragsreicher gestalten. Außerdem würde die Reichsbahn aus dem vermehrten Baustofftransport erhebliche größere Frachteinahmen erzielen.

Durch einen derartig für längere Dauer aufgestellten Plan würde man ebenfalls erreichen, daß die Baustoffpreise nicht mehr so großen Schwankungen unterworfen sind, sondern infolge der Stetigkeit des Bedarfs gesenkt und ihre Schwankungen gemildert werden.

Eine weitere Folge wäre eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr, was zweifellos einen guten Einfluß auf die allgemeine Preisgestaltung sowie auf die Tarif- und Lohnpolitik haben würde.

Der Plan soll umfassen:

- 1. die Wohnungsneubautätigkeit; 2. die Wiederinstandsetzung des Altbauseigentums; 3. den Straßenbau; 4. den Bau und die Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Straßen-, Verkehrs- und Kraftanlagen sowie Kanalisation; 5. die Bautätigkeit der Reichsbahn und der Reichspost.

Hierzu ist im einzelnen zu bemerken:

Zu 1. Die Wohnungsneubautätigkeit: Erforderlich ist eine unverzügliche reichs- und landesrechtliche Regelung zur fortlaufenden Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Wohnungsbau, um diesen zeitlich unabhängig von den Be-

Der Reichswirtschaftsrat zur Hebung der Bauwirtschaft.

Bereits im Frühjahr hatte der RW. Stellung zu der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen und im besonderen zu der des Baumarktes genommen. Die Belebung des Baugewerbes durch ein Sofortprogramm sollte dazu führen, die Gesamtwirtschaft zu befruchten und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Leider hat das aufgestellte Sofortprogramm noch nicht die Bewertung gefunden, die im Interesse der Volkswirtschaft notwendig ist. Allzu starke Semnungen trafen auf, so daß die Beschlüsse des RW. nicht voll wirksam werden konnten.

Die fortlaufend hohe Arbeitslosenzahl im Baugewerbe, die noch im Mai rund 45 Prozent, und die der Baustoffindustrie, die etwa 35 Prozent betrug, zwingt dazu, der gesamten Bauwirtschaft höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden und Mittel und Wege zu finden, die geeignet sind, die Bauwirtschaft

auf Jahre hinaus anzuregen und zu fördern, und damit auch die Arbeitslosigkeit zu beheben. Der Wohn- und Siedlungsausschuß des RW. betraute daher einen Arbeitsausschuß mit der Frage, wie es möglich ist, auf die Dauer von mehreren Jahren die Bauwirtschaft so zu beleben, daß Arbeit und Verdienst gesichert sind. Bei den Beratungen des gesamten Fragenkomplexes im Arbeitsausschuß kam zum Ausdruck, daß nicht zu gut, aber zu teuer gebaut würde. Ferner sprach man sich dahingehend aus, daß die ungenügende Kapitalbildung unter der die deutsche Volkswirtschaft leidet, durch Ordnung der Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen behoben und das Vertrauen in den deutschen Kapitalmarkt wiederhergestellt werden muß. Die Erstellung der Neubauwohnungen erfordert im Durchschnitt Kosten, die mindestens 25 Prozent über dem allgemeinen Steuerungsindex stehen. Die Neubaukosten, um diese 25 Prozent Übersteuerung zu senken und damit auch die Mieten in ein besseres Verhältnis zum Einkommen zu bringen, ist Hauptaufgabe der Bauwirtschaft.

schließen der gesetzgebenden Körperschaften und konjunkturellen Schwankungen zu machen. Dabei soll die Hauszinssteuer im Reich einheitlich erhoben und abgeführt werden.

Zum Zwecke der Ermöglichung des Bauens durch die Privatwirtschaft und zum Zwecke der hierfür erforderlichen Schaffung einer angemessenen Rentabilität des Bauens ist der Unterschied zwischen Alt- und Neubauten durch Senkung der Neubauten und entsprechende Erhöhung der Altbauten zu verringern.

Die Inangriffnahme der Wohnungsneubauten sollte nach sorgfältiger Prüfung von Art und Umfang des örtlichen Bedarfes erfolgen.

Zu 2. Die Wiederinstandsetzung des Althausbestandes:

Da ein großer Teil des Baugewerbes und Bauhandwerkes regelmäßig nicht in der Neubautätigkeit, sondern im Reparaturgewerbe Beschäftigung findet und da infolge der zur Durchführung großer Arbeiten nicht ausreichenden Mittel beim Hausbesitz und der mangelnden Kreditgewährung durch das Handwerk die notwendigen Arbeiten nicht durchgeführt werden können, sind besonders geeignete Maßnahmen zu treffen, die die erforderlichen Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten und den Umbau zu einwandfreien Wohnungen ermöglichen.

Hierfür sind öffentliche Mittel bereitzustellen. Die Vergabe dieser Mittel hat in Form kurzfristiger Reparaturdarlehen zu erfolgen. Die Organisationen und Bankinstitute des Hausbesitzes können mit der Verteilung dieser Mittel betraut werden. Sie hätten die Haftung für die Rückzahlung zu übernehmen nach dem in Bayern seit Jahren mit Erfolg angewandten Verfahren.

Zu 3. Straßenbau:

Die gegenwärtige Krise der Bauwirtschaft sollte auch durch Verbesserung der vorhandenen Straßen und neue Straßenbauten zu mildern versucht werden.

Die Mittel hierfür sollten beschafft werden aus einer Auslands-Straßenbau-Anleihe, deren Tilgungs- und Zinsendienst aus der Kraftfahrzeugsteuer zu erfolgen hätte.

Zu 4. Bau und Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Straßen-, Verkehrs- und Kraftanlagen sowie Kanalisation:

Die Einstellung der Arbeiten auf allen diesen Gebieten im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden verstärkte die Arbeitslosigkeit. Es muß unter allen Umständen für Wiederinangriffnahme dieser Arbeiten in weitestem Ausmaße gesorgt werden.

Die Mittel hierfür müssen durch Gesetzgebung im Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Zu 5. Die Bauwirtschaft der Reichsbahn und der Reichspost:

Auch hier gilt der Grundsatz, daß durch ArbeitsEinstellung die Wirtschaft teilweise zum Stillstand gebracht wurde. Eine Wiederaufnahme der Arbeiten ist unbedingt erforderlich.

Es ist zu untersuchen, ob die von der Reichsbahn benötigten Mittel aus einer Reichsbahnanleihe beschafft werden können, deren Zinsen- und Tilgungsdienst aus der Verkehrssteuer zu erfolgen hätte.

Die Beschaffung der Mittel für die Reichspost könnte erfolgen aus laufenden Einnahmen bzw. durch Aufnahme kurzfristiger Kredite.

Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollen für die genannten Zwecke dienstbar gemacht werden.

II.

In den Gesetzen ist jeder Eingriff in das Privateigentum ohne gerechtfertigte Entschädigung zu unterlassen. Wohlverworbene Rechte sind zu schützen.

Aber die Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft besteht allgemeine Übereinstimmung, nur über das Tempo ihres Abbaues herrschen verschiedene Ansichten. Es wird sich als praktisch notwendig erweisen, den systematischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in den Plan von vornherein einzustellen und die Reichsregierung um Vorlage eines entsprechenden Gesetzes zu ersuchen, wobei selbstverständlich den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung zu tragen ist.

Bei dem Neubau von Wohnungen ist darauf zu achten, daß der Gesamterstellungspreis dem allgemeinen Preisniveaumäßig möglichst angenähert wird. Dies könnte u. a. geschehen:

- 1. durch Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder;
- 2. durch Senkung der Bauherstellungskosten;
- 3. durch Vermeidung aller vertenernden Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden.

Der Wohnungs- und Siedlungsanschuß hat Bericht und Leitsatz des Unterausschusses einstimmig gutgeheißen und die Vorschläge werden sofort den zuständigen Ministerien zugeleitet.

Dringend notwendig ist es, daß endlich alle in Betracht kommenden Stellen den Ernst der Lage erkennen und die notwendigen Schritte ziehen. Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not ist so groß, daß schwerste Erschütterungen zu erwarten sind, wenn nicht durch Schaffung von Arbeit schnellstmögliche Abhilfe geschaffen wird.

Der Arbeitslohn als wichtigster Faktor in der Volkswirtschaft.

Zu keiner Zeit hat die Frage des Arbeitslohnes in der Wirtschaft eine solche große Rolle gespielt wie gegenwärtig. Die Löhne haben bekanntlich eine doppelte Funktion. Sie werden auf der einen Seite als Unkosten gewertet und sind auf der anderen Seite als wichtiger Bestandteil der Kaufkraft des Inlandsmarktes anzusehen. Die Unternehmer schieben das erste Moment in den Vordergrund, sie verneinen die hohe Bedeutung der Löhne als wichtigsten Faktor des Innenmarktes.

Aber das Problem Preise und Löhne hat das Konjunkturinfinit in der letzten Zeit eingehende Berechnungen angestellt und ist dabei zu wichtigen Schlüssen gelangt. Uns soll nachstehend vor allem der Arbeitslohn als Konjunkturinteressen. Die Gesamtsumme der Privateinkommen wird auf 68 bis 70 Milliarden Mark für das Jahr 1929 veranschlagt. In rund zwei Dritteln besteht diese Summe der Privateinkommen aus Arbeitseinkommen. Von den 45 Milliarden, die als Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten angesehen werden, beträgt die Brutto-Lohnsumme der Lohnarbeiter in Industrie, Handel und Verkehr 20 bis 25 Milliarden. Sie machte mithin im Jahre 1929 etwa die Hälfte des gesamten Arbeitseinkommens aus und ungefähr den dritten Teil der Summe aller Privateinkommen aus. Nun kommt es darauf an, die Wirkungen der Veränderungen der im Lohnneinkommen gegebenen Massenkaufkraft einigermaßen zu ermessen. Das Konjunkturinfinit kommt bei dieser Frage in dem Wochenbericht Nr. 13 zu folgenden Feststellungen:

Schärfte man die Lohnsenkung allein in ihrer Wirkung auf die Kaufkraft, so ist unabweislich, daß eine Senkung der Löhne die Kaufkraft des Binnenmarktes beeinträchtigt, eine Erhöhung der Löhne dem Konjunkturinteressen nach eine Erregung geben würde. Diese Beeinträchtigung oder Anregung wäre sogar weit größer als die prozentuale Lohnveränderung, denn für die Kaufkraft der Industriearbeiter auf dem Konsumgütermarkt, soweit es sich um

industrielle Erzeugnisse handelt, sind fast allein die „Einkommensspitzen“ ausschlaggebend, d. h. derjenige Teil der Einkommen, der über die Deckung der unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse (Wohnung, große Teile der Ernährung usw.) hinausgeht. Je niedriger die Einkommen sind, desto größer ist der Anteil der gebundenen Teile der Einkommensverausgabung, desto kleiner sind also die „Einkommensspitzen“. Eine Erhöhung der Gesamtlöhne wird daher gerade bei den niedrigeren Einkommen die „Einkommensspitzen“ und damit die Kaufkraft dieser Einkommen auf dem Markt der industriellen Erzeugnisse besonders stark erhöhen. Hinzugefügt werden muß, daß eine Belebung des Marktes auch ohne Lohnveränderungen gefördert werden könnte, wenn der Einzelhandel durch Preisermäßigung von sich aus die Realkaufkraft der Einkommen beeinflussen würde.

Diese Anschauungen der halbamtlichen Stelle befalligen vollkommen die Ansicht der Gewerkschaften über die Lohnveränderungen auf die Kaufkraft des Binnenmarktes. Wie hier festgestellt wird, trifft jede Einschränkung der Lohnsumme vor allem die Verbrauchsgüterindustrien und somit die Volkswirtschaft im allgemeinen. Die über die absolut notwendigen Ausgaben für den täglichen Lebensbedarf hinausgehenden Spitzen sind es gerade, die für die Wirtschaftskonjunktur so außerordentlich von Bedeutung sind. Trifft eine Senkung des Lohnniveaus ein oder wird die notwendige Entwicklung des Masseneinkommens gehemmt, so trifft dies vor allem jenen Teil der Massenkraft, der der Produktionswirtschaft in so außerordentlichem Maße als Stütze dient. Daraus geht sehr deutlich hervor, welche außerordentlich schädliche Wirkungen die Drosselung des Masseneinkommens auf die gesamte Volkswirtschaft haben muß. Die gewerkschaftliche Auffassung von der Funktion des Arbeitslohnes in der Volkswirtschaft ist also allein richtig.

Menetekel.

So spricht die Nacht:
 Ruf euch zusammen zur letzten Schlacht!
 Es wankt und zittert die Herrschaft der Drogen,
 Es wollen die Armen nicht mehr fronen,
 Wir dürfen, uns zu retten, nicht schonen.
 Ruf euch zusammen — der Tag ist erwacht!
 So spricht die Nacht.

So spricht die Not:
 Wir anerkennen kein Gebot!
 Uns schreckt kein Kerker, uns schreckt kein Eisen;
 Wir haben nichts zu brocken, zu beißen;
 Wir können daher nur die Zähne weisen.
 Und fürchten weder Gebot noch Tod!
 So spricht die Not.

So spricht die Zeit:
 Die Welt ringsum nach Erlösung schreit,
 Vorbei ist Flehen und Flennen und Wille,
 Schon stampfen die Räder in zornigem Trille.
 Die Erde hebt unterm Massenschritte.
 Die Stürme brausen — ich bin bereit!
 So spricht die Zeit.

Ernst Klaut.

Die englische Arbeitslosenversicherung im Jahre 1929.

Im Jahre 1929 traten zwei Gesetze zur Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung in Kraft. Das eine verlängerte um ein Jahr die Übergangszeit, während der versicherte Personen, die in den letzten zwei Jahren weniger als 30 Beiträge entrichteten, zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt sind. Mit dem zweiten Gesetze wurde der Staatsbeitrag zum Arbeitslosenfonds auf die Hälfte des gemeinsamen Beitrages der Versicherten und ihrer Arbeitgeber erhöht.

Anßerdem legte die Regierung dem Parlament einen weiteren Gesetzesentwurf zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung vor, der aber erst im Jahre 1930 Gesetz wurde. Die neuen Bestimmungen betreffen die Herabsetzung des Alters für den Beginn der Versicherungspflicht, die Erhöhung der Unterstützung der 17-19jährigen Personen, die Aufhebung der Vorschrift, wonach es dem Unterstützungsbeholder oblag, den Nachweis zu führen, daß er wirklich Arbeit sucht, aber außerstande ist, passende Beschäftigung zu finden, usw.

Die Höhe der Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber blieb 1929 unverändert. Die Einnahmen an Beiträgen während der letzten drei Rechnungsperioden sind in der folgenden Tabelle angegeben. Die Ausweise des Arbeitslosenfonds beziehen sich 1927/28 und 1928/29 auf das mit dem 31. März abschließende Rechnungsjahr; 1929 wurde der Rechnungsabluß auf das Ende des Kalenderjahres verlegt.

	Von den Arbeitgeber	Von den Versicherten	Von Militär- und Marinebeschäftigten	Staatsbeitrag
1927/28	16 470 000	14 420 000	280 000	12 020 000
1928/29	16 080 000	14 080 000	370 000	11 760 000
1929	30 224 900		356 000	14 420 000

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war im Wochenberichtszeitraum 1929 934 000, verglichen mit 954 000 1928.

Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen im Kalenderjahr 1929 44 359 000 Pfund Sterling, wovon 42 385 000 Pfund Sterling unmittelbar durch die staatlichen Arbeitsnachweise und 1 974 000 Pfund Sterling durch Verbände ausgezahlt wurden, die mit dem Arbeitsministerium diesbezügliche Vereinbarungen getroffen haben. Im Jahre 1928 wurden 44 261 000 Pfund Sterling für Unterstützungen ausgegeben, dagegen 1927 nur 36 747 000 Pfund Sterling, 1926 aber 50 202 000 Pfund Sterling.

Die Gesamtansgaben der Versicherung bezifferten sich 1929 auf 51 173 000 Pfund Sterling. Neben den Unter-

stützungskosten erforderten: die Verwaltung 5 298 000 Pfund Sterling, die Zahlung von Zinsen für Darlehen 1 301 000 Pfund Sterling, sonstige Zahlungen und Rückzahlungen 217 000 Pfund Sterling.

Der Gehaltsabgang stieg von 31 720 000 Pfund Sterling Ende 1928 auf 37 941 000 Pfund Sterling Ende 1929.

Die Zahl der strittigen Ansprüche von Hauptunterstützungsbewerbern, welche zur Entscheidung an die Versicherungsbeamten verwiesen wurden, betrug 1929 schon nahezu eine Million, nämlich 940 500. Davon wurden nur 288 000 bewilligt, 654 000 jedoch abgewiesen.

Verhältnismäßig die meisten Abweisungen wurden damit begründet, daß die Arbeitslosigkeit der Bewerber nicht nachgewiesen war (251 000 Fälle), oder daß die Bewerber ihre Arbeitsplätze freiwillig verlassen (94 000) oder wegen Verschulden verloren hatten (55 000).

Streitfälle betreffend die Zahlung von Familienunterstützung gelangten in 155 000 Fällen vor die Versicherungsbeamten. In 114 000 Fällen wurde ihnen ganz oder teilweise entsprochen, in 41 000 Fällen fand Abweisung statt. Arbeitgeber wurden wegen schwerer Beitrags hinterziehung, Zurückhaltung von Arbeitslosenbüchern, Behinderung der Amtsbearbeitung von Aufsichtsbeamten und ähnlicher Vergehen in 1009 Fällen verurteilt.

Frauenfragen.

Die steigende Bedeutung der Arbeiterinnenfrage.

Man kann die steigende Bedeutung der Arbeiterinnenfrage im Wirtschaftsleben wie in der neueren Gewerkschaftsliteratur immer mehr fühlen und erkennen. Allgemeine Veranstaltungen im kulturellen und sozialpolitischen Rahmen, wie z. B. die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden (ich komme darauf noch in nächster Nummer des „Proletariats“ zurück), zeigen sie ebenfalls klar genug auf. Wir wissen ja auch, wie jene „Wichtigkeit der Frauenarbeit“ sich in Konferenzen und Versammlungen der Arbeiterbewegung widerspiegelt. Doch für unsere Zeit und im Hinblick auf die modernen Ausbeutungsmethoden spielt das Maß der gewerkschaftlichen Aktivität eine entscheidende Rolle. Die Frauenfrage ist politisch keineswegs bedeutungslos für das ganze Volk, sie ist aber schon glattweg zum Arbeiterinnenproblem geworden. Rund 12 Millionen erwerbstätiger Frauen gegen 20 Millionen erwerbstätiger Männer machen das deutlich genug, obwohl es allerlei Frauenarbeit gibt, die entweder nicht mitgerechnet oder statistisch nicht erfasst wird. Vom Schwarm der Romantiker, daß die Frau schließlich und letzten Endes ins Haus gehöre, wollen wir hier nicht sprechen. Wir haben es mit den wirtschaftlichen Tatsachen und dem schweren Dauerkampf der Arbeiterin zu tun, nicht mit mehr oder weniger frommen Wünschen, auch nicht zuerst und nicht nur mit den verheirateten und sonstige mitverdienenden Arbeiterfrauen. Für den direkten Lohnkampf wie für die gesamten gewerkschaftlichen Aufgaben in Wirtschaft und Politik erfordert die Arbeiterinnenfrage auch in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit schärfere Beobachtungen und Konsequenzen, die wiederum auf organisatorische Stärke und Mitarbeit der Arbeiterin rückwirken. Glücklicherweise konstatieren wir schon nennenswerte Fortschritte und können das wachsende Interesse für die Lösung wichtiger Arbeiterinnenprobleme besonders in den gewerkschaftlichen Zentralstellen beobachten.

Die Sekretärin des ADGB, Gertrud Hanna, hat neuerdings eine beachtliche Darstellung in Broschürenform zum Thema „Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt“ gegeben. Die steigende Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenfrage muß schon deshalb internationale Würdigung erfahren, um die Probleme für das einzelne Land besser lösen zu können, wobei der Einfluß auf die für uns wichtigen Behörden eine entsprechende Rolle spielen wird. So gab die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien jetzt ein „Handbuch für Frauenarbeit in Österreich“ heraus, das 700 Seiten stark und reich illustriert — auch für uns wertvoll ist. Darüber hinaus aber wollen wir wissen, inwieweit bei uns die Frauenfrage aktueller wurde und man dabei ist, Entschaidendes zu tun.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat jetzt ein Buch herausgegeben: „Die Frauenarbeit in der Metallindustrie“. Im Vorwort dieses wertvollen und mit reichem Bildmaterial versehenen Buches wird darauf hingewiesen, daß mit der Rationalisierung der Betriebe die Frauenarbeit in der Metallindustrie in einem Maße zugenommen habe, daß damit eine erhebliche Umschichtung der Arbeitererschaft verbunden war. Wenn auch schließlich das ganze dargebotene Material und die aufgezeigten Kundstagergebnisse kein erschöpfendes Bild von der Frauenarbeit in den einzelnen Zweigen des Metallgewerbes zu geben vermöchte, ist das Erscheinen dieses Buches dennoch lebhaft zu begrüßen. Besondere Anerkennung gebührt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband für diese unter Mitwirkung von Frieda Gladosch, Gertrud Hanna, Toni Sender, Judith Grünfeld und Susanne Suhr herausgestellte Arbeit noch deshalb, weil seine Stellungnahme zur Frauenerwerbsarbeit der Masse der Fabrikarbeiterinnen gerecht wird und über den Rahmen der Metallarbeiterorganisation hinaus guten Eindruck macht. Mancherorts und in verschiedenen Betrieben hapert es aber allzu sehr an der notwendigen Begeisterung für die Mitarbeit der Kolleginnen. Dabei sollten wir jedoch die Arbeiterinnen mobilisieren. An die Stelle romantischer Auffassung vom Familienleben tritt im Buche wenigstens deutlich genug der Grundgedanke der Gleichberechtigung der Frau. Es ist immer ein Fortschritt, wenn große Gewerkschaften dies durch ihre Vorstände so eindringlich kundtun, so daß Mißverständnissen, die sich vielleicht aus Vergleichen der Theorie mit der Praxis ergeben könnten, schnell begegnet werden kann. Aber Rechte und Aufgaben der Frau wird mancherorts festgelegt, was zur Bearbeitung für Außenstehende ebenfalls wichtig ist.

Aber „Arbeits- und Lebensverhältnisse der weiblichen Angestellten“ hat der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten eine Schrift herausgebracht, deren gewerkschaftliche Beachtung auch nachdrücklich gefordert werden muß. Es handelt sich um wirklich gute Darstellungen zur Lage der

weiblichen Angestellten und um Umfrageergebnisse, die durch Susanne Suhr bearbeitet wurden und als brauchbares Material Unterstützung im schweren Daseinskampf der weiblichen Angestellten bieten. Es ist dabei u. a. interessant zu erfahren, daß die Lohnspanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen für einschlägige Beschäftigung 10 bis 15 Prozent beträgt. In anderen Berufen ist sie viel größer. Das erklärt sich sicher aus den relativ ungünstigeren Durchschnittseinkommen entsprechender Angestelltengruppen. Der Verbandsvorstand hebt selbst besonders hervor, daß er die Forderung auf gleichen Lohn für gleiche Leistung schon deshalb von jeher vertreten hat, weil er die Zusammengehörigkeit der Angestellten in einer gemeinsamen Organisation von Männern und Frauen befont.

Es schadet wirklich nichts, wenn auch von den Kollegen öfter und eingehender darauf hingewiesen wird, daß die Frauenfrage für die Gewerkschaften so sehr eine Männerfrage ist, daß organisations- und lohnpolitisch Gleichgültigkeit oder Passivität heute weder verstanden noch gebilligt werden kann. Im Streben der Frau nach Anerkennung ihrer Arbeit stellen die Gewerkschaften die stärkste Stütze dar. Sie sollen daher auch Unterstützung der Arbeiterin in Fabrik und Haus, im gesellschaftlichen Leben und überall finden, weil es für uns alle gelten soll, den aktiven Kampf ums Recht nicht jeweils „den anderen“ zu überlassen. Frauen müssen Mitarbeiterinnen werden, und Männer müssen Interesse an hohen Frauenlöhnen haben und somit jede Gelegenheit nutzen, die Aktivität der Arbeiterin zu fördern.

Der Textilarbeiterverband hat seit Bestehen seines besonderen Arbeiterinnen-Sekretariats wichtiges Material herausgegeben und viel Aufklärung verbreitet. Fortschritte zeigt auch der Frauenteil einer ganzen Reihe von Verbandsorganen. Es ist schon so, daß die besondere Frauenarbeit und die Mitarbeit der Kolleginnen auch im Vordergrund der Gewerkschaftsbewegung in mehrfacher Hinsicht ihre guten Seiten hat und sich auch in Zukunft mehr bemerkbar machen wird. Daß psychologisch klarhebende, einsichtige Kampfgewissen und besonders große Gewerkschaftszentralen hier bewußt fördernd auf den Plan treten, gibt einen guten, hoffnungsvollen Ausblick.

Auch der Fabrikarbeiterverband hat ja bekanntlich das zentrale Arbeiterinnen-Sekretariat, das zur Aufklärung und Agitation unter den Arbeiterinnen schon Fruchtbare geleistet hat und allerlei Material für die Funktionärinnen und Funktionäre seiner zahlreichen Branchen liefert. Beachtenswert ist hier aber auch die schwierige und planmäßige Arbeiterinnenschulung. Die im Frühjahr 1929 vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes herausgegebene Materialsammlung und Vortragsdisposition über „Die arbeitende Frau und die Gewerkschaften“ hat weit über die eigenen Reihen hinaus Anerkennung erfahren und dient als wertvolles Material zur Beurteilung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenfrage überhaupt.

Es handelt sich um nichts weniger als die Erschließung der größten Kraftquelle gewerkschaftlicher Energien, womit die Lösung der Arbeiterinnenfrage so gewiß und sicher zusammenhängt, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin es verstehen mußte. Jedenfalls haben wir alle Ursache, aus der steigenden Bedeutung der Arbeiterinnenfrage auch organisatorisch mehr Schlussfolgerungen zu ziehen, besonders im Rahmen unserer eigenen Werbeveranstaltungen und mancher WGB-Ortsausschüsse, die die allgemeinen und psychologischen Erfordernisse der weiblichen Mitgliederwerbung zu wenig würdigen oder mangels der richtigen Einstellung und Methoden bisher vernachlässigen mußten. **Anna Jammert.**

Jugendbewegung.

Selbsterziehung der Jugend.

Ebensogut könnte es heißen „Erziehung zur Politik“. Bildung und Erziehung des Menschen heißt, ihn formen. Wodurch und durch wen wird er geformt? Der größten Anzahl der jungen Menschen wird durch die Machtüberlegenheit der alten Generation die Welt der Erwachsenen aufgezwungen. Die Jugendlichen müssen in die traditionell gefestigte Lebensform und -ordnung hinein. Jungsein ist so Vorstadium des Erwachsenseins. Das gilt nur für zwei Situationen: 1. Wenn eine Gesellschaftsordnung stabilisiert ist, festgefügt in sich ruht, ohne von anstürmenden gesellschaftlichen Mächten in Frage gestellt zu werden. 2. Für die Jugend einer herrschenden Schicht, die sich in einer gesicherten Machtposition befindet und der ihr entsprechenden geistig-seelischen Haltung. Das ändert sich in dem Augenblick, wenn das Gesellschaftsgefüge in Unruhe gerät; wenn eine soziale Schicht die bisherige gesellschaftliche Wertordnung in Frage stellt. Verstärkt durch eine Revolte der den herrschenden Schichten angehörenden Jugend, die gefühlsmäßig den Unwert der geltenden Ordnung erlebt und gegen die ältere Generation aufsteht, wie in der Gegenwart die bürgerlich-radikale Jugendbewegung. Sie produzierte eigene Formen der Vergesellschaftung in den Jugendbänden und versuchte unter Ablehnung der bisher geltenden Lebensformen ihr eigenes Leben zu leben. Die Gesinnung war antikapitalistisch; man wollte den „neuen Menschen“, suchte die „Gemeinschaft“. Nur stieß diese Jugend nicht zu der letzten Erkenntnis durch, daß, wenn man eine Lebens- und Gesinnungsreform bejaht, die die Entartung der Lebensgewohnheiten aufheben will, dieses zugleich und notwendig mit einer revolutionären Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung verbunden sein muß. Es blieb eine Revolte gegen Schule und Elternhaus, gegen die Vätergeneration, die den Jugendlichen in erstarrte Lebensformen pressen wollte. Man lächelte aus der heillosen Umwelt, der Parteilichkeit — vor der Partei- und Profektionsapparatur —, in die schönere Sonntags-, Fest- und Diskussionsabend-Wirklichkeit. Gewiß ist das Vorbild, edlere Lebensformen zu pflegen und zu kultivieren, nicht ganz ohne Wirkung gewesen, jedoch änderte das grundtätig nichts an der menschenunwürdigen Lebenssituation der arbeitenden Klassen. Notwendig blieb daher die bürgerlich-radikale Jugendbewegung ziellos, richtungslos und bloße Verneinung. Die aus ihr hervorgegangenen Menschen sind meist durch

Jugendbewegte gemilderte Spielbätter geworden. Die Revolte blieb Revolte und mündete nicht in den Willen zur gesellschaftlichen Revolution ein.

Der Sozialismus kennt kein Generationsproblem im Sinne des Bürgertums; die junge Generation steht nicht auf gegen die ältere Generation. Obgleich auch die sozialistische Arbeiterjugend der Nachkriegszeit nicht unbefehle die geistig-seelische Form der älteren Generation übernahm, sondern nach einem „neuen Sozialismus“ suchte, den „sozialistischen Menschen“ zu leben versuchte. Beide Generationen wurden im letzten Sinne geeint durch das gemeinsame Ziel: Umwandlung der kapitalistischen Weltordnung. Das soziale Schicksal der Arbeiterjugend zwingt frühzeitige Erkenntnisse auf, zum Beispiel die, daß die wirtschaftliche Sphäre des Lebens uns einplintzt; sie geht uns skändlich an, um sie entbrennen alle Kämpfe, Stellungnahmen und Entscheidungen.

Aufgabe der „Arbeiterjugend“ als organisierter Erziehung ist es, ihren Anhängern in gemeinsamer Arbeit die gesellschaftlichen Gesamtzusammenhänge zu verdeutlichen, ihnen die sozialistische Weltanschauung und Weltklärung — in der marxistischen Methode — nahezubringen. So auch wird den Jugendlichen bald offenbar, daß Erziehung, Bildung und Denken nicht einen Allgemein Gültigkeitswert besitzen, sondern sich in Abhängigkeit befinden von den Klassegegensätzen — von der Besitzgliederung; daß die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge Art und Weise der Erziehung bedingen und

924222 Unfälle

wurden im Jahre 1928 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldet, über 90 000 mehr als im Jahre 1927. Bei fortwährender Freisetzung von Arbeitskräften durch die Rationalisierung ein ungeheures Ansteigen der Unfallzahlen.

4621 Todesopfer

forderten diese Unfälle in den gewerblichen Betrieben, d. h. täglich (das Jahr zu 300 Arbeitstagen) mußten 15 Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Leben dem kapitalistischen Gewinnstreben zum Opfer bringen. Ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiterklasse, unberührt von allem Elend und allem Jammer im Gefolge dieser Unfälle fordert die kapitalistische Wirtschaft immer größere Ausbeutung und immer höhere Arbeitsleistung. Beseitigt diese kapitalistische Wirtschaftsordnung! Werdet Mitkämpfer in den freien Gewerkschaften für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

bestimmen; daß der Irrtum des Bürgertums darin beruht, zu glauben, daß falsche oder schlechte Erziehung ihre Ursache in falscher Erziehungstechnik, Methodik und falscher Erzieherauslese habe. Die Abhängigkeit der Erziehung, des Denkens, der Bildung von der gesellschaftlichen Umwelt wird nicht erkannt. Sicher ist es richtig, daß der Charakter des Menschen durch die Geschichte seines Lebens geformt wird — die Geschichte seines Lebens aber wird bestimmt durch die Umwelt, durch die sozial-vitale lebenswichtige Bindung, in die er hineingeboren ist.

Aufgabe der Erziehung ist: moralische und materielle Unterfristung der Arbeiterjugend, und ihr als Helfer zur Verfügung zu stehen — aber nicht aus der finanziellen Unterstützung das Recht der Aufrichtung von Rekrutendepots abzuleiten, nach dem Prinzip: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ —; Jugendpflege und „geistige Wohlfahrtspflege“ engen immer ein und unterdrücken wertvolle Kräfte der Selbstverantwortung und der Sicheinsehung. Jede Bedrängung der Jugend ist ebenso gefährlich und unproduktiv wie eine Vergötterung, wie es in der klassischen Jugendbewegung der Fall war: „Jede Jugend ist ihr eigener Anfang.“ Welche Aufgaben erwachsen der Arbeiterjugend als einer sozialen Organisation der Erziehung aus dem Kampf der Arbeiterbewegung um die Macht? 1. Indem sie sich in ihrer Gemeinschaft müht um die Lebens- und Gesinnungsreform, die Bekämpfung der Entartung der Lebensgewohnheiten, wodurch sie den bewußten und unbewußten Ablenkungsversuchen der kapitalistischen Umwelt entgegentritt, damit die jugendlichen Menschen sich ihrer Lage bewußt werden. Dem Jugendlichen in der Bewegung das Erlebnis der Solidarität nahezubringen, wodurch die Unsolidarität der kapitalistischen Ordnung unterfrigen wird. Da Bekennen vor dem Erkennen ist, muß bei der Arbeit, neue Anhänger zu gewinnen, an das Gefühl und die Erlebnisbasis angeknüpft werden, bevor man an die zweite Aufgabe geht. 2. Erziehung zum wissenschaftlichen Denken. Denn wir bleiben immer so lange Gefangene eines Systems, als wir nicht erkennen und den richtigen Anlauf- und Entscheidungspunkt des Handelns finden. Wissenschaft immer in dem Sinne, daß Wissenschaft Leben ist, das sich in wissenschaftlichen Formen seiner selbst bewußt wird — wie im Marxismus. Dann ist auch die Möglichkeit der Selbstkritik gegeben, ohne die die Kritik der Umwelt immer nur negativ bleibt. Also Erziehung zum Wissen, Werken, Gestalten. Wer weiß, kann werten; wer werten kann, kann gestalten.

Wir möchten an dieser Stelle auf die von Georg Werner im Verlag „Die Knappschaft“ erschienene Lebensgeschichte eines Bergarbeiters, „Ein Kumpel“, hinweisen. Das typische Schicksal eines Proletariats, dessen Denken und Fühlen durch seine Lebens- und Arbeitsumwelt geformt wird, der trotz größter Auspflchten in seinem Beruf, in der sozialen Rangordnung eine höhere Stufe zu erklimmen, sich für den Kampf um eine gerechtere Ordnung der Dinge entscheidet und seine „Karriere“ aufgibt. Das Buch ist unbedingt zu empfehlen. Die Gewerkschaftsausgabe, in gutes Leinen gebunden und mit guten Illustrationen versehen, kostet nur 3,50 Mk. und ist auch durch den WGB zu beziehen.

Mit dem Problem der Selbsterziehung setzt sich Anna Siemsen in dem Büchlein „Selbsterziehung der Jugend“ auseinander; es ist klar und übersichtlich geschrieben und sollte zur Grundlage von Arbeitsgemeinschaften gemacht werden. Auch die erwachsene Arbeiterklasse sollte das Buch lesen. Das Buch ist in seinen grundsätzlichen Gedankengängen so ausgezeichnet, daß wir

Wünsche und Kritik mit gutem Gewissen zurückstellen können. Das Buch erschien im „Arbeiter-Jugend-Verlag“ und kostet kartoniert 1,80 Mk. und in Halbleinen 2 Mk. **Otto Jacobson.**

Wirtschaftliches.

Über 21 Millionen Arbeitnehmer.

Der Berufsählung vom 16. Juni 1925 verdanken wir die letzte Feststellung über die Zahl der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer. Bei dieser Zählung wurden rund 19,5 Millionen Arbeitnehmer ermittelt, davon 13,3 Millionen männlichen, 6,2 Millionen weiblichen Geschlechts. Seitdem lagen genaue Angaben über die gegenwärtige Zahl der deutschen Arbeitnehmer nicht vor. Zwar zeigten eine Reihe von amtlichen und privaten Untersuchungen — es sei nur auf den Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hingewiesen — in aller Deutlichkeit, daß seit 1925 die Zahl der Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft anbieten, ständig im Wachsen begriffen war. Da für viele Untersuchungen, vor allem für die wichtigen Fragen der Wirkungen der Rationalisierung hinsichtlich der Freisetzung von Arbeitern, der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitnehmer die tatsächliche Arbeitnehmerzahl den Ausgangspunkt abgeben muß, so verdient eine soeben vom Deutschen Statistischen Reichsamte („Wirtschaft und Statistik“ Heft 13) veröffentlichte Untersuchung über die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl im Deutschen Reich von 1925 bis 1930 besondere Beachtung. Als Arbeitnehmer werden auch in dieser Untersuchung alle „Erwerbstätigen“ betrachtet, die in einem künftigen Lohn- oder Anstellungsverhältnis stehen, so daß einmal ausgenommen sind die öffentlichen Beamten, aber auch die Direktoren von Aktiengesellschaften, die Geschäftsführer der G. m. b. H. usw., da sie nur formell ein Anstellungsverhältnis haben, tatsächlich aber als Unternehmer betrachtet werden müssen. Die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überaus große Zahl der Arbeitnehmer, die gegenwärtig zu verzeichnen ist, erklärt sich aus dem anormalen Bevölkerungsaufbau, der infolge des Geburtenausfalls während des Krieges und des Geburtenrückgangs in der Nachkriegszeit die mittleren, im Erwerbsleben stehenden Jahrgänge unverhältnismäßig stark anschwellen ließ. Für die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl von 1925 bis 1930 war jedoch vor allem maßgeblich, daß bis 1929 es die stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit waren, die in diesen Jahren in das Erwerbsleben einrückten. So nimmt allein im zweiten Halbjahr 1925 die Zahl der Arbeitnehmer um eine Viertelmillion, im Laufe des Jahres 1926 um etwa eine halbe Million, 1927 um 391 000, 1928 um 296 000 und 1929 um 123 000 zu, insgesamt also um 1,5 Millionen. 1930 ist diese Entwicklung bereits rückläufig. Jetzt zeigt sich schon die erste Wirkung des Kriegsgeburtenausfalls in einem Rückgang der Arbeitnehmerzahl um etwa 25 000 Menschen. Insgesamt ist jedoch seit 1925 bis 1930 die Arbeitnehmerzahl um 1,5 Millionen auf gut 21 Millionen angewachsen, während die Zahl der Beschäftigten — eine Arbeitslosigkeit von knapp 3 Millionen angenommen — gegenwärtig um 1,25 Millionen hinter der Zahl des Jahres 1925 zurückbleibt, wo es nur eine verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit mit etwa 214 000 Hauptunterstützungsempfängern gab. Sehr aufschlußreich ist auch die Betrachtung der dargestellten Entwicklung, getrennt nach Geschlechtern der Arbeitnehmer. Da zeigt sich nämlich, daß die Zahl der Arbeiter sich ungewöhnlich stark, von 13,3 auf 14,6 Millionen, erhöhte, während die Zahl der Arbeiterinnen nur von 6,2 auf 6,4 Millionen anwuchs. Seit 1929 nimmt die Zahl der weiblichen unselbständigen Erwerbstätigen dauernd ab, 1929 um 25 000, 1930 sogar um 94 000. Doch trifft dieser Rückgang nur die unverheiratete Frau, während die Zahl der verheirateten Frauen noch immer stark im Anwachsen begriffen ist, ein Zeichen, daß die Not der Zeit und die unzulängliche Entlohnung den Verbleib der Frau im Erwerbsleben auch nach der Heirat erzwingen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Brake i. Oldbg. Am 13. Juli wurde in unserer Zahlstelle unser Verbandsfilm „Aufstieg“ vorgeführt. Der Film ist im wahren Sinne des Wortes ein Denkmal in der Geschichte des Verbandes wie der Arbeiterbewegung überhaupt, und in jeder Arbeiter müßte diesen Film gesehen haben. Den alten Kollegen ist er eine liebe Erinnerung daran, wie sie trotz der Widerwärtigkeiten und Maßregelungen durch die Arbeitgeber und trotz der Polizeiwilktur des damaligen monarchistischen Staates den Verband gegründet und durch zähe Ausdauer auf seine heutige Höhe gebracht haben. Den jungen Kollegen sollte er aber auch eine Mahnung sein, das festzuhalten, was unsere Vorkämpfer so mühsam erungen haben. Allen aber ruft er zu, auch fernerhin tapfer mitzuarbeiten am weiteren Ausbau der Organisation, denn nur, wenn die Arbeiterklasse geschlossen in den Kampf zieht, ist der Sieg sicher. Mit dieser Erkenntnis sind auch hier alle Kollegen befriedigt nach Hause gegangen. **W. Schröder.**

Dresden. In der Quartalsversammlung der Zahlstelle Dresden, die am 11. Juli stattfand, schilderte Kollege Grafe in seinem Geschäftsbericht ausführlich die Wirtschaftslage im Reich wie im Zahlstellengebiet und berichtete weiter über die Erfolge in der Lohn- und Tarifpolitik im Bereich der Zahlstelle. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die am 11. Juli 1930 im großen Saale des Dresdener Volkshauses tagende „ordentliche Quartalsversammlung“ der Zahlstelle Dresden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands protestiert gegen die Vorschläge der Reichsregierung zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Bei Annahme dieser Vorschläge würde eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, vor allen Dingen Heimarbeiter und -arbeiterinnen, aus der Versicherung ausscheiden. Diese müßten dann den Gemeinden zur Last fallen, die schon jetzt kaum in der Lage sind, ihre Verpflichtungen den Bedürftigen und Wohlfahrtsverwerbslosen gegenüber zu erfüllen.“

Ganz entschieden und mit aller Schärfe wenden sich die Versammelten gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer. Nicht durch Lohnabbau wird die Wirtschaft in Gang gebracht, sondern durch Preislenkung. Durch Senkung der Kaufkraft erhöht sich der Umsatz. Erhöhter Umsatz bringt bessere Beschäftigung und damit vermehrte Arbeitsgelegenheit. Durch die Rationalisierung sind nicht nur Millionen von Arbeitern drohlos geworden, sondern den Unternehmern ist durch die erhöhte Leistung der in dem Betriebe stehenden ein größerer Gewinnanteil zugeflossen, so daß es sehr wohl möglich ist, die Preise senken zu können ohne Lohnabbau. Durch Vermeidung von Überstunden und durch Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden je Woche bei gleichem Verdienst können Hunderttausende von Arbeitslosen wieder Arbeit erhalten.

Die Anwesenden wissen, daß zur Abwehr dieser reaktionären Maßnahmen eine geschlossene, einheitlich organisierte Arbeiterschaft nötig ist. Sie verpflichten sich deshalb, in den Betrieben für reifliche Organisierung zu sorgen, und sie bekämpfen alle Zersplitterungs-tendenzen innerhalb der Arbeiterschaft.

Orghilfen. Anlässlich der 25jährigen Mitgliedschaft des Kollegen Joseph Janekho fand am 7. Juli im Bahnhofshotel eine Jubiläumfeier statt, zu der fast alle Kollegen der Zahlstelle und der Ortsauschuss des ADGB, sowie ein Kollege vom Hauptvorstand erschienen waren.

Kaffel. In der Nacht vom 18. zum 19. Juli verunglückte unser Kollege Gustav Windel bei den kirchlichen Gipswerken tödlich, indem er in den Gipsbunker stürzte.

So wird seit 1/2 Jahren am Bunker während der Nachtschicht nur noch ein Mann gegen früher zwei Mann beschäftigt. Niemand war zugegen, als unser Kollege verunglückte. Dabei hat der Kollege Windel wochenlang vorher auf den schlechten Zustand der Einstiegleiter hingewiesen.

Schließlich fand sich leider kein Kollege mehr bereit, sich als Betriebsratsmitglied aufstellen zu lassen. Die Arbeiter-schulungsmaßnahmen wurden dann bald nicht mehr streng genug durchgeführt.

Von der Aufsichtsbehörde verlangen wir restlose Aufklärung der Schuldfrage. Um aber auch namentlich in den Kampagnenbetrieben eine wirklich gesicherte Betriebsvertretung zu erhalten, erheben wir die Forderung der Änderung der Bestimmungen des Gesetzes dahingehend, daß der Unternehmer verpflichtet wird, bei Wiedereröffnung der Kampagne die früheren Betriebsratsmitglieder als erste wieder einzustellen und die Zustimmung des Entlassungsschusses bis zur erfolgten Neuwahl. Nur so können Willkürmaßnahmen des Unternehmertums gebrochen werden.

Köln. Es ist erreicht! Die wahre Arbeiterschaft - Präge! statt Lohn! Ein 18jähriger Arbeiter bei einem Porzellan-Unternehmer Hubert Ohm beschäftigt. In der letzten Woche wurde er gezwungen, an 4 Tagen 67 Stunden zu arbeiten. Nach den vorliegenden Lohnzetteln erhielt er für 67 Arbeitsstunden à 30 Pf. 20,10 Mk. Hier von kamen in Abzug:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: Für 4 Tage Verpflegung à 2,50 Mk., Fortschub, Zerbrochenes Glas, Kranken- und Invalidenversicherung, Total 18,54 Mk.

Zur Auszahlung gelangten 1,56 Mk. In Worten: Eine Mark und 56 Pfennig.

Der Arbeiter war anscheinend einer von den ewig Unzufriedenen. Er wollte diese Rechnung nicht anerkennen. Hier auf erhielt er von seinem Arbeitgeber zum Ausgleich aller Forderungen eine Präge! Das ist die Methode der Vorkriegszeit, wo der Unternehmer Alleinherrscher des Betriebes war und Mißhandlungen schlimmster Art keine Seltenheit waren.

Wittenberg. Am 20. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Die beiden Geschäftsführer gaben einen ausführlichen Bericht über das letzte Quartal. Aus diesen Berichten war ersichtlich, daß die sich immer mehr auswirkende Wirtschaftskrise auch die Entwicklung der Zahlstelle berührt hat.

Die Produktion in den meisten Industriezweigen der russischen Wirtschaft sinkt, die Löhne werden herabgesetzt, der Gesundheitszustand läßt viel zu wünschen übrig, die Ernährung der Arbeiterschaft wird immer schlechter.

Ausland.

Die Freiheit der Arbeit in der Sowjetunion.

Die Produktion in den meisten Industriezweigen der russischen Wirtschaft sinkt, die Löhne werden herabgesetzt, der Gesundheitszustand läßt viel zu wünschen übrig, die Ernährung der Arbeiterschaft wird immer schlechter.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Juli 1930.

Schon bei Beginn der zweiten Jahreshälfte waren die Aus-sichten auf einen Konjunkturaufschwung in diesem Jahre sehr mäßig geworden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war im Anfang Juli alles andere als zukunftsfröhlich.

In unserem Verband ist die Zahl der Arbeitslosen im Monat Juni um ein geringes gestiegen, nämlich um 0,1 Prozent. Von unserer Arbeitslosenstatistik Ende Juni sind 441 765 Mitglieder erfasst oder 96,2 Prozent der Mitgliedschaft.

In den Gruppen Chemie, Nahrungsmittel, Porzellan ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, am stärksten in der Porzellanindustrie, und zwar von 14,2 im April auf 16,6 v. H. im Juni.

Nach der geographischen Lage ist Ostpreußen mit 24,6 v. H. am schlechtesten da. Dann folgt Westfalen mit 21,5 v. H. und dann das Rheinland mit 20,8 v. H.

werden jetzt in die Orte, die mit ihrer Produktion im Rückstand bleiben, Revisionskolonnen unter der Führung von zuverlässigen kommunistischen Arbeitern entsandt.

„Für Vorgänge, wie sie sich kürzlich in einem der Saratower Betriebe abgespielt haben, wo die Arbeiter der gesundheitsgefährlichen Abteilungen für sich als besonderes Nahrungsmittel Milch beansprucht haben, ist kein Platz mehr.“

Diesen Gewerkschaftssekretär mußte man gehört haben, um sich ein Bild davon zu machen, wie weit er von den Interessen der Arbeiterklasse entfernt ist.

„In den Lenin-Werken habe ich eine Anzahl von Leuten verhaftet, die nicht arbeiten gelernt haben. Eine solche Gruppe habe ich auch in den Eisenbahnwerkstätten verhaftet.“

Schließlich sagte er wörtlich: „Man muß die Arbeiter und die Fachleute in solche Verhältnisse versetzen, daß sie einfach nicht mehr wissen, wohin. Jawohl, daß sie nicht mehr wissen, wohin!“

Das ist die Freiheit, die die Arbeiterschaft im Arbeiterstaate genießt. Wie würden die deutschen Kommunisten ähnlich gegen den Arbeiter vorgehen würde. Aber in der Sowjetunion ist das wohl etwas anderes, wenn ein Gewerkschaftssekretär die Arbeiterschaft durch allerhand Repressalien zwingt, bis zur völligen Erschöpfung zu arbeiten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Urteil gegen den Kommunisten Steffen.

Abgeurteilt. Privatklagesache. 1. des Hermann Rücker, 2. des Karl Pöy, beide Berlin, Engelstr. 24/25, Privatkläger, gegen den Schriftleiter Erich Steffen in Berlin-Reinickendorf, Waldowstr. 33, Angeklagter, wegen Beleidigung und übler Nachrede.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrie-gruppen unseres Verbandes entwickelte, zeigt folgende Übersicht: Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Table with 3 main columns: 1930, Ende Mai, Ende Juni. Sub-columns: männl., weibl., insges. Rows include: Fabrikarbeiterverband insgesamt, In der Industriebranche, Chemie, Papier, Nahrungsmittel, Spielwaren, Blumen, Sonstige Industrien, Keramischer Bund, etc.

Den Privatklägern wird die Befugnis zugesprochen, den ver-folgenden Teil des Urteils in der Betriebszeitung „Alfa-Witz“ binnen eines Monats nach Rechtskraft des Urteils einmal auf Kosten des Angeklagten in demselben Teile und mit derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist, öffentlich bekanntzumachen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1929.

Das Jahr 1929 war auch in Österreich ein Jahr starker Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen war um 20 000 größer als im Jahre zuvor; dazu kamen noch etwa 10 000 Altersfürsorgerechnen (Arbeitslose über 60 Jahre).

Von der Gesamtmitgliedszahl sind in den Arbeiterorgani-sationen 333 305 Männer und 118 488 Frauen, in den Angeleiteten-organisationen 211 658 Männer und 42 826 Frauen organisiert; insgesamt umfassen die österreichischen Gewerkschaften 481 798 organisierte Arbeiter und 255 481 organisierte Angeleitete.

Die Einnahmen sind trotz der Krise um rund 150 000 Schilling (90 000 Mk.) gestiegen, die Ausgaben wuchsen jedoch um 3 130 000 Schilling (1 850 000 Mk.). Die Gesamteinnahmen betragen 1929 25 352 739 Schilling, die Gesamtausgaben 22 627 259 Schilling.

Von den einzelnen Gewerkschaften sind folgende die stärksten: Metallarbeiter: 118 315, Eisenbahner: 86 923, Bauarbeiter: 64 200, öffentliche Angestellte: 46 739, Lebensmittelarbeiter: 42 531, Freier Gewerkschaftsverband: 42 492, Textilarbeiter: 35 836, Chemische Industrie: 35 415, Landarbeiter: 33 041, Industrieangestellte: 31 594, Kaufmännische Angestellte: 29 434, Hotelangestellte: 22 424, Holz-arbeiter: 16 739, Buchdrucker: 13 602.

Kundschau.

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

Das zuständige Reichsamt hat jetzt die Kosten zusammen-gerechnet, die die Rheinlandbesetzung vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 verursacht hat. Die Summe, die Deutschland hierfür zu leisten hatte, betrug nicht weniger als 6,5 Milliarden Mark.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen.

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Arnstadt i. Th.: Karl Hertel, Buch-Nr. S II 600 638; Bernhard Hopf, Buch-Nr. 810 316; Hirschberg in Gohlfen: Wilhelm Hain, Karten-Nr. 876 462; Willi Simon, Karten-Nr. 992 523; Salzungen: Alfred Müller, Buch-Nr. 1 013 162.

Literarisches.

„Der Arbeiter“ 1930, Heft 3: Liebe - Ehe - Prostitution, reich illustriert (60 S.). Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schöder. Verlag: Der Arbeiter, G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-3. Preis: 30 Pf. (für Mitglieder Sonderregelung). Die Literatur über das Eheproblem ist ins Uferlose angewachsen. Kein Wunder, denn es ist eines der Grundprobleme unserer Zeit.

Chemische Industrie

Einbruch der I.-G. Farbenindustrie in die Stickstoffbetriebe der Bergbauindustrie.

In dem unter dieser Überschrift in Nr. 30 erschienenen Artikel ist im zweiten Absatz ein Schreibfehler unterlaufen. Der erste Satz des zweiten Absatzes muß heißen:

„Um so mehr wird die Öffentlichkeit überrascht durch die Mitteilung, daß die I.-G. Farbenindustrie zu einem Kaufpreis von 24 Millionen Mark die Stickstoffanlagen der Zeche Mont Cenis erworben hat, die damit in den Interessenkreis der I.-G. Farbenindustrie übergeht.“

Abschlüsse des Sprengstoff-Trustes.

Zwischen dem Sprengstoff-Trust und dem deutschen Chemie-Trust der I.-G. Farbenindustrie bestehen engste Verbindungen, die sich auf einen Interessengemeinschaftsvertrag gründen, der bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen ist. Von dem Vertrag aus führen Verbindungen zur internationalen Sprengstoffindustrie, die ebenfalls durch einen Interessengemeinschaftsvertrag gebunden ist.

Aus dem deutschen Sprengstoff-Konzern liegen nunmehr die Abschlüsse über die geschäftliche Entwicklung des Jahres 1929 vor, die im nachfolgenden kurz besprochen werden sollen. Am günstigsten ist die Entwicklung der Dynamit-Aktiengesellschaft Alfred Nobel & Co., Hamburg. Diese Gesellschaft berichtet, daß sich der Absatz in Sprengstoffen für den Kohlenbergbau auf der Höhe des Vorjahres gehalten hat. Das Geschäft in Gesteinsprengstoffen hat sich belebt. Im Export ist ein gewisser Rückgang zu verzeichnen, der darauf zurückgeführt wird, daß die außereuropäischen Staaten immer mehr dazu übergehen, eigene Sprengstoffabriken zu errichten. (Im Zeitalter der Abrüstung!) Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es nicht ohne Menschenopfer abgegangen. In der Dynamitfabrik Krümmel ereignete sich am 28. August 1929 eine Explosion, durch die ein Arbeiter getötet wurde. Die Folge war, daß die Fabrik einige Monate außer Betrieb kam; das Unternehmen hat keinen Schaden erlitten, da der Produktionsausfall auf andere Betriebe verteilt wurde, während der Sachschaden durch Versicherung gedeckt war. Finanziell zeigt die Entwicklung des Unternehmens folgendes Bild: Nach Abrechnung mit den verbündeten Gesellschaften wurde ein Bruttogewinn von 5,31 Millionen Mark erzielt. Außerdem wurde für die Zahlung eines Bonus auf Grund des Interessengemeinschaftsvertrages mit der I.-G. Farbenindustrie ein weiterer Betrag von zirka 272 000 Mk. erforderlich. An Geschäftskonten wird der Betrag von 3,16 Millionen Mark eingezahlt. Nach einer Abschreibung von 0,46 Millionen Mark verbleibt einschließlich eines Gewinnvortrages ein Reingewinn von 2,04 Millionen Mark (im Vorjahre 1,82 Millionen). Aus diesem Gewinn gelangt eine sechsprozentige Dividende zur Verteilung auf ein Aktienkapital von 27 Millionen Mark = 1 630 584 Mark. Der Aufsichtsrat erhält eine Lantime von rund 47 000 Mark.

Die Vermögenslage des Unternehmens ist sehr günstig. Die Anlagen werden mit 5,96 Millionen Mark angegeben, die Vorräte mit 4,61, Beteiligungen mit 14,13 Millionen Mark. Als außerordentlich günstig sind die Außenstände mit 16,84 Millionen Mark zu bezeichnen, davon allein an Bankguthaben 10,04 Millionen Mark. Die Reserven betragen 7,03 Millionen, die Verbindlichkeiten 2,14 Millionen Mark. Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, hat sich die finanzielle Lage der Nobel-Dynamit sehr günstig entwickelt. Außenstände und Bankguthaben sowie Reserven repräsentieren eine bedeutende finanzielle Stärke des Unternehmens bei verhältnismäßig geringen Verpflichtungen.

Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-WG., Köln, kann ebenfalls trotz der schlechten Wirtschaftslage über eine Steigerung der Umsätze in Sprengkapseln, Zelluloid- und Kunststoffen sowie Pulver und Sportmunition berichten. Eine weitere Steigerung ist durch Ausdehnung des Exportes zu verzeichnen. Auch in diesem Betrieb ging es ohne eine schwere Explosionskatastrophe nicht ab, wodurch die Dynamitfabrik in Förde auf mehrere Monate stillgelegt wurde.

Als ein besonderes Ereignis im letzten Geschäftsjahr ist die Erwerbung der Aktienmehrheit der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik in Mannheim zu betrachten, wodurch der Einfluß der Sprengstoffindustrie auf die Zelluloidindustrie gewaltig gewachsen ist. Bekanntlich steht hinter dieser Transaktion die I.-G. Farbenindustrie, AG. Der Rohgewinn beträgt nach Verrechnung mit der I.-G. Farbenindustrie 2,97 Millionen Mark. Außerdem wird ein Betrag für einen achtprozentigen Bonus auf Grund des Interessengemeinschaftsvertrages mit der I.-G. Farbenindustrie von rund 55 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Nach außerordentlich starken Abschreibungen in Höhe von 2,62 Millionen ergibt sich ein Reingewinn von rund 407 000 Mark, aus dem eine Dividende von 4,8 Prozent und ein Bonus von 0,8 Prozent verteilt wird. Außerdem besitzt die Firma Guthaben auf Kassen, Wechsel und Schecks mit 0,54 sowie an Außenständen in Höhe von 15,19 Millionen Mark. Die Vorräte betragen 10,96 Millionen. Effekten und Beteiligungen haben sich infolge der Erwerbung der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik in Mannheim von 1,39 Millionen Mark auf 4,62 Millionen Mark erhöht. Der Aufsichtsrat erhält eine Lantime von 4783 Mark.

Aktiengesellschaft Siegener Dynamitfabrik, Köln.

Die Dynamitfabrik in Förde war nach dem Geschäftsbericht gut beschäftigt, bis sie am 13. September 1929 durch eine Explosionskatastrophe vernichtet wurde. Dieser Betrieb, der oben schon kurz erwähnt wurde, ist durch die Explosionskatastrophe derart schwer getroffen, daß zweieinhalb Monate intensiver Arbeit notwendig waren, um den Betrieb wieder

aufnehmen zu können. Leider forderte diese Katastrophe mehrere Menschenopfer; der Betriebsdirektor, der Betriebsleiter, ein Werkmeister und zwei Arbeiter büßten dabei ihr Leben ein. Nach Verrechnung mit der I.-G. Farbenindustrie weist das Unternehmen einen Rohgewinn von 40 720 Mark aus. Nach Abschreibung von rund 38 000 Mark ergibt sich ein Reingewinn von 3105 Mark. Das Aktienkapital beträgt 504 000; die Reserven rund 66 000 Mark. Außerdem sind Anlagewerte von rund 589 000 Mark vorhanden.

So ist auch das abgelaufene Geschäftsjahr trotz der „Wirtschaftskrise“ für die Sprengstoffindustrie günstig gewesen. Durch die Fusionierung der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-WG. mit der Zelluloidindustrie darf für das laufende Jahr mit weiteren Gewinnsteigerungen gerechnet werden. Über eine allzu große Mitteilungsfreudigkeit kann bei der Betrachtung der Geschäftsberichte der Betriebe des Sprengstoff-Konzerns nicht gesprochen werden. Sie sind, was Kürze anbetrifft, eine Musterleistung, in der nur das unbedingt Notwendige enthalten ist, um den gesetzlichen Vorschriften zu genügen.

R. Segerer.



Bestell-Nr. — 2+8 — der Unfallverhütungsbild O. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Die Verdunstungsgase des Benzins bilden zusammen mit Luft ein äußerst explosionsgefährliches Gasgemisch. Ein Kilogramm Benzin ist gleich drei Kilogramm Dynamit! Darum ist es schon lebensgefährlich, mit brennendem Licht oder Streichholz auch nur in die Nähe offener Benzinbehälter zu gehen. Glühende Zigaretten oder Zigaretten, ja sogar schon Funken von elektrischen Schaltkontakten können Explosionen auslösen, die Einsturz ganzer Wände und Bauten zur Folge haben können.

Die Kaliarbeiter des Werragebietes nehmen zur Arbeitszeitfrage Stellung.

Das Mehrarbeitszeitabkommen für die Kaliindustrie ist erstmalig am 31. August 1930 zum 30. November 1930 kündbar. Die am 20. Juli 1930 in Wacha versammelten Vertrauensleute und Betriebsräte des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands aus der Kaliindustrie nahmen dazu Stellung. Die folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

Entschlieung.

Die am Sonntag, dem 20. Juli 1930, in Wacha im „Löwen“ versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute des Fabrikarbeiterverbandes aus der Kaliindustrie fordern die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens am 31. August 1930 zum 30. November 1930.

Es wird weiter die Kündigung der Lohnabgabe gefordert. Eine Lohnerhöhung ist notwendig, um die Kaliarbeiter für ihren Lohnausfall durch die Feiertage zu entschädigen, um so mehr, da diese Feiertage wieder eine Dauer-einrichtung zu werden drohen.

Soweit jugendliche Arbeiter gleichwertige Arbeit verrichten, haben sie Anspruch auf den vollen Lohn in der betreffenden Lohnklasse.

Arbeiter, die besonders unter Belastung von Gas, Hitze und Schmutz zu leiden haben, bedürfen einer besonderen Lohnerhöhung.

Die Kaliarbeiter wissen, daß die Kaliindustrie sehr gut dasteht und auch im verflossenen Geschäftsjahr außergewöhnlich hohe Gewinne erzielt hat, und daß die Rationalisierung durchgeführt ist. Aus diesem Grunde ist die Kaliindustrie auch in der Lage, den in der Industrie beschäftigten Arbeitern durch eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine angemessene Lohnerhöhung entgegenzukommen.

Papier-Industrie

Theorie und Praxis.

Nach der Mitteilung sämtlicher Fachzeitschriften der Papiererzeugungsindustrie soll Direktor Otto Clemm anlässlich der 25-Jahr-Feier an der Technischen Hochschule in Darmstadt seinen technisch sehr interessanten Vortrag mit folgenden Worten geschlossen haben:

„Ich bin sicher, wenn auch heute wenig Veranlassung zum Optimismus besteht, daß, wie die deutsche Wirtschaft im allgemeinen, auch die Zellstoffindustrie die jetzige Krise überwinden wird, daß sie dann in der Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung ihren Weg weiter empfinden wird zum Wohle der Allgemeinheit und unseres geliebten deutschen Vaterlandes.“

Diese Phrase über die Wirkung der Industrie zum Wohle der Allgemeinheit und des Vaterlandes ist Theorie. In der Praxis handelt der Waldhof-Konzern anders. Das beweist seine Produktionsflucht nach Finnland und die Errichtung der dortigen Zellstofffabrik Kexholm. Frohlockend schreibt die Verwaltung des Waldhof-Konzerns dem „Berliner Tageblatt“: „Der Bau des großen Werkes in Kexholm (Finnland) vollzieht sich vollkommen störungsfrei, dem Bauprogramm entsprechend. Wir dürfen sogar sagen, daß der Fortgang der Bauarbeiten, wie auch der Montage, infolge der genauen Vorarbeiten und günstigen Witterung schneller vor sich geht wie erwartet.“ Und weiter heißt es: „Die Verwaltung ist nach wie vor der Überzeugung, daß das Werk in Kexholm alle Erwartungen erfüllen wird, welche die Veranlassung zur Errichtung der Fabrik gegeben haben, und dies um so mehr, als sich die günstigen Produktionsbedingungen gerade in Zeiten schwieriger Geschäftslage viel mehr auswirken müssen.“

Wenn im Bilanzvorbericht des Waldhof-Konzerns — veröffentlicht in der „Papierzeitung“ — sich folgender Satz befindet: „In diesem Zusammenhang wird der Zusammenschluß großer schwedischer Zellstoff- und Papierfabriken durch Ivar Kreuger von der deutschen Zellstoffindustrie als Fortschritt begrüßt, weil die Verkündigung mit „unigen großen Konkurrenten leichter sein werde als mit zahlreichen kleinen“, so ist auch diese Auffassung zwar hochkapitalistisch, mit dem Wohl der Allgemeinheit und des geliebten deutschen Vaterlandes hat sie aber bestimmt nichts zu tun, besonders, nachdem feststeht, daß Ivar Kreuger, der internationale Zündholzkönig, nicht nur die deutsche, sondern fast die ganze europäische Zündholzindustrie mit seinem Monopol erfaßt hat. Das Ideal der deutschen Zellstoffindustrie scheint demnach zu sein, gemeinsam mit Ivar Kreuger die Zellstoffpreise auf dem Weltmarkt zu diktieren.“

Abgesehen steht nicht nur die Zellstoffindustrie, sondern anscheinend auch die Papierfabrikation auf diesem weltmonopolistischen Standpunkte, wie sich aus der Nummer 22 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ in einem Artikel, überschrieben: „Warum geht es der Papierindustrie schlecht?“, ergibt, und worin es zum Schluß heißt:

„Ferner ist zu berücksichtigen, daß der Zündholztrust (Kreuger-Gruppe) bei der Gründung von Svenka Cellulosa A.-B. und Ankündigung des Neubaus der großen Anlage bei Vestrand offenkundig und mehr oder weniger einflussdennermaßen die Führung bei der nur möglichen internationalen Regelung der Erzeugung von Kraftzellstoff anstrebt. Ob damit die Grundlage eines Zellstofftrustes geschaffen werden kann, weiß wahrscheinlich heute Ivar Kreuger selbst noch nicht. Ich glaube, daß eine überstaatliche Fühlungnahme der Papiererzeuger verschiedener Sorten, wie sie die Zeitungspapierleute beifügen, fehlt, daß dieses Fehlen ein Manko ist, und daß dieses Manko dazu beiträgt, daß es der Papierindustrie schlecht geht.“

Also auch hier ohne Rücksicht auf allgemeine und vaterländische Interessen die Sehnsucht nach internationaler Verstrickung. Doch auch diese Sehnsucht bleibt Theorie, solange auch die Papiererzeugungsindustrie in der Praxis für hohe Zollschnürauern eintritt.

Nach Mitteilungen der Fachpresse führte auf der diesjährigen Generalversammlung der Zellstofffabrik Waldhof der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Frank, aus, daß es im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber liege und ebenso im Interesse der öffentlichen Hand, daß der Wirtschaft endlich eine amtliche Unterstützung zuteil werde, die sie in die Lage versetze, sich zu halten und zu behaupten. Diese Auffassung mutet sonderbar an angesichts der außerordentlich günstigen Bilanzabschlüsse des Waldhof-Konzerns und angesichts der Tatsache, daß für das Jahr 1929 allein 446 000 Mk. als Entschädigung für die „mühevollen Arbeit“ der Aufsichtsratsmitglieder ausgeschüttet werden konnten. Diese Aufforderung an die Staatskasse von einem in seiner technischen und finanziellen Entwicklung in der Welt einzig dastehenden Konzern verliert von ihrer Rechtheit auch dann nichts, wenn die Verwaltung im „Berliner Tageblatt“ erklären kann, daß das Geschäftsjahr 1930 bisher noch befriedigende Überschüsse gebracht hat und sämtliche Werke mit voller Kapazität arbeiten, und wenn ferner festgestellt wird, daß zwar ein verhältnismäßig kleiner Teil der Erzeugung auf Lager geht, aber die Umsätze im ersten Halbjahr 1930 mit der Kaufkraft gegenüber dem Vorjahr sich bis jetzt nicht verringert haben.

Die Folgerung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Zellstofffabrik Waldhof, daß amtliche Unterstützungen der Wirtschaft auch im Interesse der Arbeiterschaft liegen, muß Theorie bleiben, wenn die Industrie in der Praxis genau den entgegengesetzten Weg geht. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft lag es wirklich nicht, daß die deutsche Industrie die so schon mit Millionen Reichsmark staatlich subventionierte Landwirtschaft auch noch in ihrer Hochschutzzollpolitik zum Nachteil der deutschen Arbeiterschaft unterstützte. Daß der Nachteil dieser landwirtschaftlichen Hochschutzzollpolitik sich auf die deutschen Konumenten preisvernehmend auswirkt, gesteht der Syndikus des Außenhandelsverbandes der papierverarbeitenden Industrie, Herr Geheimrat Thurmann, in einem Artikel in Nr. 35 der „Papierzeitung“ zu, in dem er u. a. schreibt: „Wenn die Landwirtschaft unter Zustimmung der deutschen Industrie bei uns erhöhte Zölle erhalten hat, so weiß die Industrie, daß sie damit ein Opfer bringt, und daß die Wirkungen der Zölle mehr das Inland treffen werden als das Ausland.“

Also auch hier wieder die gleiche Feststellung. In der Theorie schreit das Unternehmertum nach staatlicher Hilfe, angeblich im Interesse der Arbeiterschaft, in der Praxis aber ist man bestrebt, um den Großagrariern einen Liebesdienst zu erweisen, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verteuern. Die gleichen Unterschiede zwischen Theorie und Praxis der Industrie zeigen sich ja auch in den Forderungen der Industrie nach gemeinsamem Lohn- und Preisabbau. Ein Glück, daß die deutsche Arbeiterschaft intelligent genug ist, um dieses

Spiel des Unternehmertums zu durchschauen. Infolgedessen machen auch die schönsten Liebeserklärungen des Unternehmertums auf die Arbeiterschaft keinen Eindruck...

tantienem für leitende Angestellte einfach als Lohn mit an gegeben wurden. Wir nehmen an, daß es mit dem Lohnanteil in der Papierverarbeitungsindustrie und im Vertriebsgewerbe ähnlich liegt.

Der Lohnanteil in der Papierindustrie.

Nach Mitteilung der „Papierzeitung“ Nr. 55, Jahrgang 1930, soll das Institut für Konjunkturforschung für die Jahre 1927 und 1928 den Anteil der Löhne am Wert der Erzeugung auf 25 bis 30 Prozent in der Papiererzeugungsindustrie und auf 35 bis 40 Prozent in der Papierverarbeitungsindustrie einschließlich Vertriebsgewerbe ermittelt haben.

Soweit es sich um den Anteil der Arbeiterlöhne am Werte der Erzeugung handelt, müssen wir die vom Institut für Konjunkturforschung ermittelte Höhe des Lohnanteils stark bezweifeln. In den bis heute vorliegenden Veröffentlichungen und Äußerungen maßgebender Industrieller der Papiererzeugungsindustrie bleiben die Angaben über den Lohnanteil der Arbeiterlöhne ganz erheblich unter den vom Institut für Konjunkturforschung ermittelten Prozentsätzen.

Dazu einige Beispiele:

Katharina Krahl, die nach ihrem eigenen Vorwort die Unterlagen zu ihrem Buche „Kartellbewegung und Kartellprobleme in der deutschen Papiererzeugungsindustrie“ aus Unternehmertum bezogen hat, gibt daselbst den Lohnanteil einschließlich „Verschiedenes“ auf 5 bis 25 Prozent an.

In der Mitte des Jahres 1927 wurde bei Verhandlungen mit unserer Organisation von einigen prominenten Vertretern der Papiererzeugungsindustrie — Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes — der Lohnanteil in der Papiererzeugungsindustrie auf durchschnittlich 16 Prozent angegeben.

Im „Papierfabrikant“ Nr. 30, Jahrgang 1927, gibt Oberingenieur Uhllein (Mannheim) den Lohnkostenanteil für Arbeiter in einer Zellstofffabrik mit einer monatlichen Produktion von 1000 Tonnen auf 7,7 Prozent und den Anteil der Gehälter der Angestellten auf 0,6 Prozent an.

Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Lehrstuhls für Papierfabrikation an der Technischen Hochschule in Darmstadt am 27. Juni 1925 gab Herr Geheimrat Professor Müller in seinem Vortrag die Herstellungskosten folgendermaßen an:

Table with 4 columns: Herstellungskosten für, Anteil der Herstellungskosten für, Rohstoffkosten, Betriebs-, Vertriebs- und Verwaltungskosten, Löhne, Kohlen. Rows include Holz, Schwefel, Altpapier, etc.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß Professor Müller den durchschnittlichen Lohnanteil in der Zellstoffindustrie mit 9 und in der Papierfabrikation mit 8 Prozent berechnet.

Im Wochenblatt für Papierfabrikation Nr. 1, Jahrg. 1928, ist ein Vortrag von Direktor Arno Froberg über die Wirtschaftlichkeit des Sulfitzellulose-Kochprozesses wiedergegeben. Danach berechnet Froberg die Zellstoffherstellungskosten folgendermaßen:

Table with 3 columns: Herstellungskosten, 1912, 1927. Rows include Holz, Kohle, Schwefelkies, Kalksteine, etc.

Also auch hier wird der Lohnanteil in der Zellstoffindustrie mit 14 Prozent angegeben.

In der Sondernummer des „Papierfabrikanten“ vom Dezember 1927 gibt Dr. Klein Holzverbrauch und Arbeitslöhne in einer Zellstofffabrik auf 60 bis 70 Prozent an. Legt man den oben von Froberg berechneten Holzanteil zugrunde, so ergibt sich auch nach Klein ein Lohnanteil von 11,5 bis 21,5 Prozent.

Im Jahre 1923 veröffentlichte Dr. Klein eine Zusammenstellung über die internationalen Produktionskosten. Seine Berechnungen ergaben, daß der Lohnanteil in der Zellstoffindustrie 8 bis 14 Prozent und bei der Erzeugung holzfreier Papiere 9 bis 11 Prozent beträgt in Fabriken ohne eigene Holzschliff- und Zellstoffherzeugung.

In Fabriken mit eigener Holzschliff- und Zellstoffherzeugung betragen die international ermittelten Lohnanteile in Zellstoffdruckpapierfabriken 16 bis 19 Prozent, in Packpapierfabriken 18 bis 22 Prozent, in Fabriken zur Herstellung holzfreier Papiere 16 bis 24 Prozent und in Fabriken zur Herstellung von Lampenpapier 10 bis 15 Prozent.

Bekanntlich liegen sowohl die skandinavischen als auch die kanadischen Löhne erheblich über den deutschen Lohnsätzen. Nach amtlichen Ermittlungen betrug der Lohnanteil in der schwedischen Zellstoffindustrie im Jahre 1927 12,9 Prozent, die Gehälter der Arbeiter nur 2 Prozent des Verkaufspreises.

Im „Papierfabrikant“ Nr. 3, Jahrgang 1928, teilt Dr. St. A. Klein mit, daß in Kanada der Lohnanteil für die Produktionsarbeiter pro Tonne Zellstoffdruckpapier 6,6 für die Reparaturarbeiter 1,7 Prozent betrug. Bei den Herstellungskosten pro Tonne gebleichten Sulfitzellstoffs betrug der Lohnanteil 11,5 Prozent.

Diese von hervorragenden Fachleuten und teilweise unter Mitwirkung der Arbeitgeberverbände ermittelten und zum Teil sich auf amtliches Material stützenden Lohnangaben beweisen die Richtigkeit unserer Zweifel an den vom Institut für Konjunkturforschung ermittelten Lohnanteilen in der Papiererzeugungsindustrie für die Jahre 1927 und 1928. Sämtliche diese Ermittlungen, so können sie nur zustande gekommen sein dadurch, daß nicht nur die reinen Arbeiterlöhne und die Gehälter der unteren Angestellten, sondern wahrscheinlich auch die hohen Direktorengehälter einschließlich Aufsichtsratsgehältern und sonstigen Produktions-

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Stärkeindustrie.

Dem Bericht der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie für das Jahr 1929 entnehmen wir folgende interessante Einzelheiten: Im Jahre 1929 waren bei der Berufsgenossenschaft 9198 Betriebe (9013) angemeldet. Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten betrug 61 132 (59 138). Die Zahl der kaufmännisch Beschäftigten betrug 9293. Diese sind in die Zahl der Versicherten für dieses Jahr noch nicht mit eingerechnet.

Die Regierung der Interessenten.

Wenn nach diesen Grundsätzen eine Zeitslang gehandelt ist — nämlich, daß die Regierung den Staat lenkt im Widerspruch mit den Bedürfnissen und dem Willen der Staatsangehörigen —, so kann es wohl geschehen, daß der gemeinsame Wille ganz gegen die Verfassung des Staates ist; dann ist die Fortdauer desselben rechtswidrige Tyrannei und Unterdrückung, dann fällt der Volkstaat von selbst um, und es tritt eine vernünftigeren Verfassung an dessen Stelle.

Im Berichtsjahre wurden 5416 (4818) Unfälle gemeldet.

Davon wurden 338 (366) Unfälle erstmalig entschädigt. 17 Unfälle (25) hatten den Tod zur Folge. Auf 1000 durchschnittlich Beschäftigte kommen 89 gemeldete, 5,5 entschädigte und 0,3 tödliche Unfälle. Wie die in Klammern beigefügten Zahlen zeigen, ist die Zahl der gemeldeten Unfälle also im Jahre 1929 bedeutend gestiegen. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle aber ist zurückgegangen.

Der Grund für die Zunahme der gemeldeten Unfälle ist vor allem darin zu suchen, daß immer mehr auch kleinste Verletzungen angemeldet werden, weil die schwere wirtschaftliche Depression die Arbeitnehmer dazu anreizt, auch die geringsten vermeintlichen Ansprüche geltend zu machen.

Dieses Zitat widerspricht sich selbst. Man unterstellt den Arbeitern, daß sie ihre Ansprüche an die Berufsgenossenschaft in Zeiten wirtschaftlicher Depression mehr geltend machen als sonst.

Man kann auf Grund dieser Äußerung zu dem Schluß kommen, daß der Rückgang bei den entschädigten Unfällen vor allem darauf zurückzuführen ist, daß bei der Festsetzung der Rente noch mehr nach unten gedrückt wurde als bisher. Wer in der Vorstellung lebt, der Arbeiter mache Ansprüche nur geltend, weil die wirtschaftliche Depression da ist, der wird sehr leicht geneigt sein, Ansprüche abzulehnen, die er nicht ablehnen würde, wenn er diese Vorstellung nicht hätte.

Der Bericht bringt dann eine Übersicht, bei welchen Betriebsabteilungen die meisten Unfälle im Jahre 1928 vorgekommen sind. Danach ereigneten sich Unfälle an:

Table with 4 columns: Betriebsabteilung, gemeldete Unfälle, entschädigte Unfälle, tödliche Unfälle. Rows include Kraftfahrzeuganlagen, Arbeitsmaschinen, etc.

An erster Stelle in bezug auf die Zahl der Fälle stehen hier Unfälle durch Fall von Leitern, Treppen, aus Luken usw. Es muß auffallen, daß gerade hier, wo ein guter Unfallschutz doch mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchgeführt werden kann, die Unfallzahl am höchsten ist.

Die in jedem Jahre zur Anmeldung kommenden etwa 100 Leiterunfälle lassen erkennen, daß den Gefahren, welche die Benutzung unzuverlässiger oder schadhafter Leitern mit sich bringt, sehr oft noch nicht genügend Beachtung geschenkt wird.

An zweiter Stelle stehen dann die Unfälle durch das Transportwesen. Hier ist auch die Zahl der entschädigten Unfälle und der Unfälle mit tödlichem Ausgang am höchsten. Von den 17 Unfällen mit tödlichem Ausgang ereigneten sich allein zehn im Transportwesen.

Über die Schuldfrage bei den Unfällen äußert sich der technische Aufsichtsdienst folgendermaßen:

- Die persönlichen Unfalluntersuchungen in den Betrieben auf Veranlassung und Hergang des Unfalls, Vorhandensein der Schutzrichtungen und dergleichen ergaben folgendes: 1. Mangelhafte Betriebsrichtungen waren hauptsächlich die Ursache für Unfällen an Transmissionen, elektrischen Handlampen und Lagergeräten. 2. Handeln wider bestehende Vorschriften war Unfallursache bei der Ausföhrung von Arbeiten an laufenden Maschinen und bei Fahrzeugen. 3. Auf eine Schuld fremder Personen waren häufig Unfälle mit Fahrzeugen (Zusammenstoß) zurückzuführen. 4. Unachtsamkeit, unglückliche Zufälle und die allgemeinen Betriebsgefahren brachten eine größere Zahl verschiedenartiger Unfälle.

Bemerkenswert in diesem Zitat ist, daß die Unfälle an Transmissionen in erster Linie auf mangelhafte Betriebsrichtungen zurückgeführt werden, obwohl gerade an diesen Betriebsstätten ein Schutz verhältnismäßig leicht angebracht werden kann.

Wenn hier trotzdem eine derartige Feststellung gemacht wird, dann zeigt das, daß die Arbeitgeber im Bereiche dieser Berufsgenossenschaft dem Unfallschutz recht wenig Beachtung schenken: Um so mehr muß es Aufgabe unserer Kollegen sein, auf seine Durchführung zu dringen.

Im weiteren Bericht wird dann an einzelnen Beispielen gezeigt, wie sich Unfälle an den verschiedensten Betriebsstellen zugetragen haben. In zwei Bildern zeigt der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten die gewaltige Wirkung bei Explosionen von Niederdruck-Dampfkesseln. Dabei wird auf die Vorschriften verwiesen, die für diese Apparate in den BGR enthalten sind. Für Unfälle, die durch Transmissionen herbeigeführt sind, führt der Bericht eine Anzahl Beispiele an. Wir lassen diese folgen:

9. Ein anderer Arbeiter versuchte den gerissenen und um die Transmissionswelle gefühlungen Treibriemen zu entfernen, ohne die Transmission stillzusetzen. Seine Hand wurde vom Riemen erfasst und stark gequetscht.

10. Ein Molkereiarbeiter wollte die Arbeitsmaschinen schmierern, ohne sie vorher stillzusetzen. Er kletterte zwischen mehreren Riementrieben hindurch, wurde von einem Riemen ergriffen und bis an die Transmissionswelle emporgezogen. Der Arbeiter erlitt eine Gehirnerschütterung mit Sprachstörung und einen komplizierten Oberschenkelbruch. Die Treibriemen liegen völlig außerhalb des Verkehrsbereiches und durften daher ohne Schutzvorrichtungen laufen. Natürlich darf aber daran erst nach Stilllegung gearbeitet werden.

11. Ein Arbeiter befestigte eine Leiter, um den abgefallenen Riemen einer Stärkemilchpumpe wieder anzulegen. Dabei wurde seine Jacke von der Transmissionswelle erfasst und aufgewickelt, und der Arbeiter wurde um die Welle geschleudert. Er erlitt schwere Brust- und Rückenquetschungen.

Die Beispiele zeigen, wie gefährlich die Arbeit an Riemenanlagen ist und wie und wann nicht daran gearbeitet werden soll. Wenn der Berichterstatter in dem einen Beispiel meint, die Riemen hätten außerhalb des Verkehrsbereiches gelegen, so zeigt doch der Unfall, daß der Begriff „Verkehrsbereich“ sehr dehnbar ist. Für den von dem Unfall Betroffenen lagen sie innerhalb des Gefahrenbereiches. Man sollte also alles schützen, was Gefahr bringen kann, auch wenn es nicht im „Verkehrsbereich“ liegt. Daß das nötig ist, zeigt gerade dieser Unfall. Die Berufsgenossenschaft wird also prüfen müssen, ob man Riementriebe, die außerhalb des allgemeinen Verkehrsbereiches liegen, ohne Gefahr ungeschützt laufen lassen darf. Wir aber müssen die Forderung erheben, daß alle Betriebsstellen geschützt werden müssen, die Gefahr bringen, einerlei, ob sie nun unmittelbar im Verkehrsbereich liegen oder nicht. Die Gefahr ist aus schlaggebend.

Über die Unfälle an den Arbeitsmaschinen sagt der Bericht allgemein folgendes:

„Immer wieder muß festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Unfällen beim Reinigen und Nachsehen laufender Maschinen eintritt. Trotz aller Belehrungen und Anweisungen wird gegen die nachstehenden Vorschriften verstoßen:

Reinigen, Putzen, Ausbesserungen sowie das Anziehen der Keile und Schrauben während des Ganges sind verboten. Schmierern bewegter Teile ist nur gestattet, wenn dazu Einrichtungen benutzt werden, die es ohne Gefahr ermöglichen.“

Wir können diese Warnung, daß Maschinen nicht während des Betriebes zu reinigen und zu schmierern sind, nur unterstützen. Geschieht das trotz des Verbots doch, dann heißt es, und schließlich nicht ganz mit Unrecht, diese Unfälle sind durch die Arbeiterschaft selbst verschuldet. Diesen Vorwurf darf sich die Arbeiterschaft nicht machen lassen.

Elevatoren, Transportschnecken usw. liefern jährlich ebenfalls ihren bestimmten Anteil bei den Betriebsunfällen. Hierüber wird im Bericht des technischen Aufsichtsdienstes an aus schlaggebender Stelle folgendes gesagt:

An Becherelevatoren und Transportschnecken entstanden 10 Unfälle beim Nachsehen und Reinigen. Stets heißt es in den Unfallanzeigen: Der Elevator bzw. die Schnecke setzte sich plötzlich in Bewegung. Das ist ein Hinweis dafür, daß der Antrieb entweder überhaupt nicht abgestellt war oder daß der Riementreiber nicht genügend gesichert worden war. Die Folgen waren Hand- und Armgquetschungen, in einem Falle der Verlust eines Fingergliedes.“

An zahlreichen anderen Beispielen wird gezeigt, wie Unfälle verhütet bzw. auf ein Mindestmaß herabgeschraubt werden können.

Von den 9891 Betrieben wurden im Berichtsjahre 3220 Betriebe mit 23 182 Beschäftigten revidiert. Das ist etwas über ein Drittel der Betriebe und etwas über ein Drittel der Beschäftigten.

Bei den Betriebsrevisionen wurden insgesamt 4721 (1928: 4569) Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt, und zwar:

- 1. gegen den allgemeinen Maschinenschutz 2289
2. gegen die Vorschriften für Dampfessel 597
3. gegen die Vorschriften für elektrische Anlagen 487
4. gegen die Vorschriften für bauliche Einrichtung 842
5. gegen die allgemeinen Betriebsvorschriften 506

Außerdem fehlten bzw. waren zu erneuern in 1630 Fällen die Unfallverhütungsvorschriften in Plakatform. Das für die erste Hilfe vorrätig zu haltende Verbandzeug fehlte bzw. war zu ergänzen in 885 Fällen.

Die Zahl der Verstöße war also größer als die Zahl der Revisionen überhaupt. Das ist ein Zeichen dafür, daß es in den Betrieben noch sehr an der Durchführung des nötigen Unfallschutzes mangelt.

Über die Teilnahme der Versicherten bei der Durchführung des nötigen Unfallschutzes wird im Bericht des technischen Aufsichtsdienstes bemerkt:

Bei den Versicherten könnte im allgemeinen etwas mehr Anteilnahme an den Schutzmaßnahmen festgestellt werden als in früheren Jahren.

Es ist erfreulich, wenn der Bericht des technischen Aufsichtsdienstes der Berufsgenossenschaft feststellt, daß das Interesse am Unfallschutz bei den Versicherten zugenommen hat.

Der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters betrug nach dem Vorstandsbericht der Berufsgenossenschaft im Jahre 1929 = 1753 RM. Das zeigt, daß der Lohn in den Betrieben, die dieser Berufsgenossenschaft angeschlossen sind, noch recht niedrig ist.

Verschiedene Industrien

Das Messengeschäft Frühjahr 1930 für Spielwaren und Blumen.

Versucht man mit Hilfe der durch die Messenfrage ermittelten Exportquote eine Vorstellung vom Gesamtabsatz der Spielwarenindustrie zu gewinnen, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Abatz der Spielwarenindustrie in Millionen Mark. (Die Werte von 1913 sind durch Erhöhung um 40 v. H. mit denen von 1929 vergleichbar gemacht.)

Table with 4 columns: Abatz, Vorjahreswerte, Gegenwarts-werte, 1929. Rows for Ausfuhr, Inlandsabsatz, Gesamtabsatz.

Nach dieser Berechnung hat der Gesamtabsatz der Spielwarenindustrie den Umfang von 1913 - trotz des gesunkenen Exports - gerade erreicht.

Der Rückgang der Exportquote zeigt sich in fast allen Gruppen der Spielwarenindustrie. Er hängt zusammen mit dem Ansehen eigener Industrien im Ausland.

Table with 3 columns: Branche, 1913, 1929. Rows for Holzspielwaren, Metallspielwaren, etc.

Die Spielwarenausfuhr hat im Jahre 1929 den Umfang von 1925 knapp erreicht. In den vorhergehenden Jahren, begonnen mit 1925, wurde allmählich aufgebaut.

Table with 3 columns: Jahr, Mill. Mark, Veränderung gegenüber dem Vorjahr Mill. Mark. Rows for 1925, 1926, 1927, 1928, 1929.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Ist eins der wichtigsten Mittel, um die Unfallgefahren zu vermindern, die den Arbeiter im Betriebe bedrohen. Erfahrungsgemäß geschehen die meisten Unfälle in den Überstunden, wenn die Arbeitskraft ermüdet, die Aufmerksamkeit nachläßt und die Ermüdung übermächtig wird.

Die Vermeidung der Überstunden!

Der Stillstand in der Aufwärtsbewegung des Spielwarenerports seit Ende 1928 ist eine Folge der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Welt.

Besonders deutlich lassen sich die Zusammenhänge zwischen Konjunkturbewegung und Spielwarenbezug bei einigen europäischen Ländern verfolgen. So ist z. B. in Österreich und in der Tschechoslowakei dem Konjunkturaufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 eine Zunahme des Spielwarenerports aus Deutschland gefolgt.

Über den Verkauf von Reklameartikeln wird in der Schrift mitgeteilt, daß im Durchschnitt 40 v. H. der erteilten Aufträge auf das Inlandgeschäft entfielen.

R ü n f t l i c h e B l u m e n : Nur rund ein Drittel der meldernden Aussteller kann von guten oder befriedigenden Inlandsaufträgen berichten.

Die gefragten Qualitäten gehören ausnahmslos niedrigen und mittleren Preislagen an. Preise und Zahlungsbedingungen werden überwiegend als gedrückt bezeichnet.

Im Gegensatz zu anderen Gruppen der Kurz- und Galanteriewarenbranche hat hier auch im Auslandsgeschäft der überwiegende Teil der Aussteller nicht günstig abgechnitten.

Bei überwiegender Nachfrage nach mittleren und billigen Qualitäten waren die Preise ziemlich gedrückt, die Zahlungsbedingungen im allgemeinen jedoch ziemlich normal.

Das Messeramt Leipzig und das Institut für Konjunkturforschung Berlin haben in ihrer Schrift „Export und Inlandsabsatz“ die Verhältnisse während der Frühjahrsmesse gezeigt, die sich durch die andauernde Erwerbslosigkeit, die auch jetzt noch zu verzeichnen ist, seit jener Zeit in den vorstehend behandelten Industriegruppen nur wenig verändert haben.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Der Umfang der öffentlichen Fürsorge im Deutschen Reich.

Im ersten Juliheft von „Wirtschaft und Statistik“ werden die Ergebnisse der Reichsfürsorgestatistik für das Rechnungsjahr 1928/29 veröffentlicht, die über Umfang und Personalkreis der öffentlichen Fürsorge ausschlußreiche Kenntnisse vermitteln.

Kostlagen erfahrungsgemäß den Landbewohner, der sich vielfach ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge durchhelfen kann, weniger hart treffen als den Städter, entfielen mit 1,5 Millionen die größere Zahl der Fürsorgeunterstützten auf die Städte, trotzdem die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände rund 60 Prozent der Bevölkerung umfassen.

Und dabei finden sich immer noch Leute, die diese ohnehin unerträglichen Fürsorgekosten noch mehr steigern wollen, und zwar durch den Abbau der Sozialversicherungen, der immer mehr Menschen der öffentlichen Fürsorge anheimfallen läßt.

Wann beginnt die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung? Wird der erste Arbeitstag bereits von der Versicherung erfasst?

Von Lorenz Popp (Hannover).

Die Arbeitgeber haben nach § 317 der RVO. (Reichsversicherungsordnung) die Pflicht, die Arbeitnehmer, die bei ihnen in ein Beschäftigungsverhältnis treten, und sofern für sie die Voraussetzung der Versicherungspflicht gegeben ist, binnen drei Tagen bei der zuständigen Krankenkasse anzumelden.

Es wird von den Arbeitnehmern vielfach angenommen, daß ihre Rassenmitgliedschaft mit dem Tage beginnt, an dem sie vom Arbeitgeber bei der Kasse angemeldet worden sind.

U m es gleich zu betonen: Der Beginn der Mitgliedschaft bei der Kasse hängt nicht von dem Tage der Anmeldung durch den Arbeitgeber ab. Auch wenn die Anmeldung vom Arbeitgeber erst am zweiten oder dritten Tage nach dem Eintritt in die Beschäftigung oder gar noch später vorgenommen worden ist, die Mitgliedschaft beginnt stets mit dem Tage des Eintritts in die Beschäftigung.

Eine weitere Frage ist nun: Beginnt die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse mit dem Beschäftigungsanfang, d. h. mit der Aufnahme der Arbeit im Betrieb, z. B. um 7 Uhr morgens, oder beginnt die Mitgliedschaft schon früher, vielleicht schon mit dem Arbeitswege?

Verschiedene Kommentatoren vertreten die Meinung, die Versicherung bei der Kasse beginne erst mit der tatsächlichen Aufnahme der Arbeit, denn von diesem Zeitpunkt läuft auch erst der Entgeltbezug des Arbeitnehmers. Diese Ansicht, daß die Mitgliedschaft mit der Aufnahme der Betriebsbeschäftigung beginnt, ist auch unter den Arbeitnehmern gang und gäbe. Diese Ansicht ist falsch und überholt.

Wann beginnt nun eigentlich die Mitgliedschaft?

Nach § 306 der RVO. beginnt die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger mit dem Beginn des Tags des Eintritts in die Beschäftigung.

Auf die Worte „beginnt mit dem Tage“ ist das Gewicht zu legen.

Ein Beispiel: A. erhielt den Auftrag, sich am 6. d. M. auf einer bestimmten Arbeitsstätte zu Beginn der Arbeit einzufinden. Auf dem Wege zur Arbeitsstelle erkrankt A. Diese Erkrankung macht A. arbeitsunfähig. A. hat auf Grund dieser Erkrankung bereits Leistungsansprüche an die Krankenkasse. Der Anspruch ist deshalb begründet, weil, wie § 306 RVO. sagt, die Mitgliedschaft mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt.

Der Tag des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt eben mit dem Beginn des Tags selbst, also um 12 Uhr nachts. Für die Kasse besteht z. B. die Leistungspflicht für die Niederkunft, wenn diese um 2 Uhr morgens erfolgt ist und die niedergekommene Person im Laufe desselben Tags die Beschäftigung anzutreten gehabt hätte.

Diesen hier gemachten Ausführungen liegen Entscheidungen der Versicherungsgerichte zu Grunde. So sprach sich das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 22. Dezember 1927 Nr. 3171, Amfl. Nachr. 928 S. 182, dahin aus, daß die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger im Sinne des § 306 der RVO. mit dem Beginn des Tags des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung beginnt. Auch das Oberverwaltungsamt Merseburg hat in einer Entscheidung vom 1. Dezember 1928 (Deutsche Krankenkasse Nr. 23/1930 S. 671) so entschieden.

U m zusammenzufassen: Die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse beginnt nicht erst mit der tatsächlichen Aufnahme der Arbeit, sondern bereits mit dem Beginn des Tages, an dem der Eintritt in die Beschäftigung erfolgte.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Hoffnung.

So oft die Sonne aufsteht, erneuert sie mein Hoffen
Und bleibet, bis sie untergeht, wie eine Blume offen;
Dann schlummert es ermattet im dunklen Schatten ein,
Doch eilig wacht es wieder auf mit ihrem ersten Schein.

Das ist die Kraft, die nimmer stirbt und immer wieder streitet,
Das gute Blut, das nie verdirbt, geheimnisvoll verbreitet!
Solang noch Morgenwinde voran der Sonne wehn,
Wird nie der Freiheit Fächerflur in Nacht und Schlaf vergehn.
Gottfried Keller.

Der Bruder des Volkskommissars.

Von G. Grylin.

Frühmorgens, so um 11 Uhr, als die Vorsteher und stellvertretenden Vorsteher im Büro noch mit Abwesenheit glänzten — als vor Arbeitsbeginn noch die Tippmännlein sich sorgfältig und intensiv die Nasen puderten, erschien in einem soliden Amt ein solider junger Mann.

Der junge Mann hustete höflich, zog seine Krawatte zurecht und trat an einen Ledersessel heran, aus dem unter einem Marg-Bildnis ein Sporanzug hervorschaukte und daraus der auf stehendes Haar gelohorene Kopf des Sekretärs.

Der junge Mann hustete zum zweitenmal, zog wieder seine Krawatte zurecht, lächelte verbindlich und bat den Sekretär, ihn dem Vorsteher anzumelden.

Die Hand des Sekretärs kroch gemächlich in die Joppentasche und zog eine hölzerne Zigarettenbox hervor, die er mit der zweiten Hand langsam öffnete, eine Zigarette entnahm und mit dem Mundstück dreimal auf den Tisch klopfte.

Endlich steckte die Zigarette zwischen den Lippen des Sekretärs. Der Sekretär reißt das Zündholz. Das Zündholz geht entzündet, wird unwillig unter den Tisch in den Papierkorb geworfen. Der Sekretär reißt ein zweites Zündholz. Ein grünes Flämmchen blüht auf. Der Sekretär krümmt sich, vom Geruch des Phosphors angeekelt, und beschirmt die Nase mit der Handfläche. Das grüne Flämmchen vermandelt sich ohne besondere Eile in ein helles. Der Sekretär zündet die Zigarette an und köpft nachlässig ein Rauchringelchen hoch, wo auf weißem Karton in Rundschrift die Worte stehen: „Der verantwortliche Sekretär.“

Der Interessent hustet wieder. Der Sekretär hört nichts. Der Sekretär ist beschäftigt — angenscheinlich. Der Sekretär hat, augenscheinlich, keine Zeit, sich um jeden Besucher zu kümmern.

Der junge Mann lächelt nachsichtig, als er dem Sekretär aus-einandersteht, er sei nicht ein gewöhnlicher Interessent, der von einer Amtsstube in die andere stüchelt, sondern sei eigens aus Moskau gekommen, um hier in diesem Amt einen verantwortlichen Posten zu übernehmen. Bescheiden fügt er hinzu, er sei „überhaupt“ kein Sowjetbeamter, sondern der Bruder des Volkskommissars, also des Ministers. Dabei erwähnt er einen Namen.

Der Name des Volkskommissars wirkte wie ein Blitz. Mit einem Sprung stand der Sekretär auf beiden Füßen. Vom Schrecken ergriff, schob er dem Bruder des Volkskommissars gleich zwei Sessel hin.

Plötzlich vergaß er seinen „verantwortlichen“ Posten, vergaß Rang und Würde des Beamten. Die ganze Wichtigkeit seiner Würde als Beamter 12. Klasse gegenüber einer solch wichtigen Persönlichkeit ersühlend, kniffte er erregt. Stotternd erzählte er dem Bruder des Volkskommissars von den Schwierigkeiten, denen in der verregenen Provinz ein Amt ausgesetzt ist, zeigte ihm ein selbstverfaßtes, noch unvollendetes, in strengen Worten gehaltenes Finklar, das, mit einer fünfstelligen Journalnummer versehen, alle Angehörigen des Amtes verpflichtete, pünktlich um 10 Uhr zum Dienst zu erscheinen.

Alsdann bat er den hohen Regierungsvertreter, im Kabinett des Vorstehers Platz zu nehmen, schloß sorgsam die Luftklappe zwecks Vermeidung von zugiger Luft und erläuterte dem Gast den dienstlichen Betrieb.

In der gleichen Zeit befand sich das Büro in heller Aufregung. Der Schrecken ging um und fiel alle an. Ach Gott! der Bruder des Volkskommissars! Schnell ließ man den Vorsteher rufen. Die Tippmännlein raselten mit den Maschinen wie mit einem Maschinen-gewehr. Die Boten sausten von Zimmer zu Zimmer wie auf Rollen. Der zweite Buchhalter fingerte wie bewußlos auf der Rechenmaschine herum. Kein Besucher wurde abgefertigt, jeder sollte ein andermal kommen.

Endlich erschien der Vorsteher und stellte sich dem Gast vor, der den Zweck seiner Reise eingehend schilderte, schließlich aber durchblicken ließ, er habe im Eisenbahnwagen seine Aktenmappe mit allen Dokumenten und Geldmitteln liegen lassen.

Mit ganzer Kraft drückte der Vorsteher auf die elektrische Klingel. Der Sekretär stürzte herein.

„Ich bitte, wegen der Abkommandierung des Genossen durch die Zentralbehörden die nötigen Anordnungen zu treffen. Sie wollen weiter die beste Nummer im Hotel belegen, ein Gespann herbeifahren, dem Genossen ein Mittagessen aufsuchen lassen, ihm einen Borschg zahlen und mit Dokumenten versehen!“

Prompt wurde alles erledigt. Jemand wurde sofort abgeholt. Seine Nützlichkeiten wurden dem Gast aus der Handtasche zugeworfen.

Als den verschiedenen Kanzleien kamen die Fränklein herbei, um den Gast aus der Zentrale, den Bruder des Volkskommissars, zu sehen. Reid klang aus ihren Bemerungen: „Bei euch ist gut arbeiten! Bei uns Langeweile: ein Kommen und Gehen.“

Die neue „Behörde“ gefiel allen: ausgeübte Höflichkeit, zurechtwende Behandlung, angemessene Herzlichkeit im Umgang mit Menschen. Alle kannten das Pech, das dem Bruder des Volkskommissars auf der Reise widerfuhr. Alle boten ihm Vor-lehen an, wobei einer dem anderen ansprechen wollte. Dieserhalb ließen sich nur „guter“ einen besondern Vorstoß geben.

Nach einiger Zeit war der neue Beamte vollkommen eingearbeitet. Eines Tages machte er dem Vorsteher den Vorschlag: „Geben Sie, Genosse... Es ist notwendig, den Massen näher-zukommen... Man muß sich überzeugen, welche Bedürfnisse die arbeitende Klasse hat. Ich habe die Absicht, die Provinz zu besuchen.“

Unvergesslich erwiderte der Vorsteher an: „Wille's ansprechen — Borschg zahlen — Pferde herbeifahren!“

Der Bruder des Volkskommissars trat seine „Aussprüche“ Reise an.

Eine Woche verging, dann die zweite — nichts zu hören und zu sehen.

Die dritte, die vierte Woche verstrich.

Telegraphische Anfrage in Moskau. Antwort: die Zentrale habe nichts jemand abkommandiert, der genannte Volkskommissar habe keine Brüder, er sei das einzige Kind seiner Eltern.

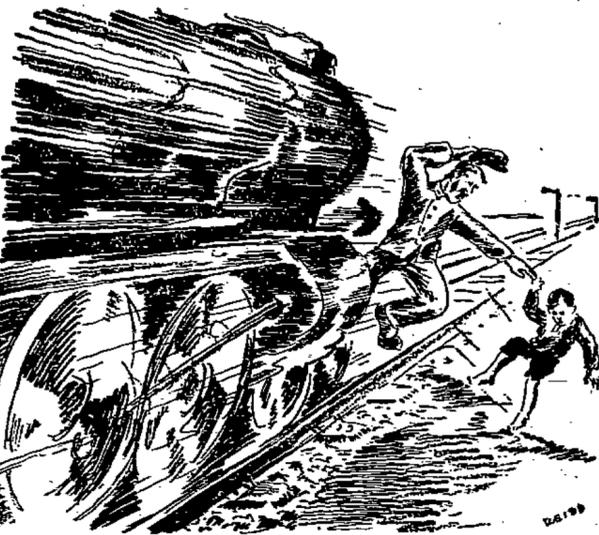
Verwandelt ihr vielleicht, daß dies alles im „Revier“ von Genuß geschrieben steht?

Nein — in den Akten der Arbeiter- und Bauerninspektion der Stadt Howell.

Denklich von Victor Katschowski.

Aufopferung.

Am Bahnübergange. Ein Kind war unter der Barriere durchgekrochen und stand jetzt auf dem Geleise. Ein Personenzug brauste heran. Der dort postierte Bahnwärter sprang hin und schleuderte das Kind beiseite. So rettete er das Kind einer armen, kranken Witwe. Er selbst wurde vom Zuge erfasst und getötet. Man bedauerte den braven Mann und dessen Familie. Ein anderer Mensch wurde an diesen Wachtposten gestellt, und die Geschichte war bald vergessen, nur nicht von den dadurch so schmerzlichen Betroffenen.



Das zurückgerissene dreijährige Kind schrie laut vor Angst und Schrecken; es wandte sich der mütterlichen Wohnung zu, die nicht weit entfernt war. Die schwerkranke Witwe hatte das Kind nicht bewachen können. Das laute Weinen des Kindes rief sie von ihrem Lager ins Freie. Sie nahm es in ihre Arme und sank mit ihm auf ihr Lager zurück. Die Anstrengung, der Schrecken verschlimmerten ihr Leiden, so daß sie nach wenigen Tagen starb. Eine Nachbarin nahm sich zunächst des verlassenen Kindes an.

Wer könnte den Jammer der Bahnwärterswitwe schildern, als man ihr die blattige Leiche ihres Mannes brachte! Erst vor kurzer Zeit hatte er sie mit einem fröhlichen Abschiedsworte verlassen, und nun war sein Mund für immer stumm. Ihr großes Weh äußerte sie nicht laut; sie war eine innerliche Natur; aber sie glaubte, vor Schmerz ebenfalls sterben zu müssen.

Händeringend warf sie sich neben der Bahre nieder. Ihre drei Kinder schmeigten sich weinend an sie. Welch ein Anblick war es für die arme Frau und die armen Kinder! Sie konnten den geliebten Gatten und Vater kaum erkennen. Die Frau kauerte noch lange stumm in der Ecke. Die Kinder waren vor Hunger und Weinen eingeklappt. Sie legte sie ins Bett und setzte sich dann wieder neben den Toten. Das Erlebnis war ihr noch unfaßbar. Der Garg führte ihr immer wieder die graufige, traurige Wirklichkeit vor. Wenn sie nur einmal recht tüchtig weinen könnte! Doch es war, als sei ihr Tränenborn für immer verstopft. Schmerz brannte in ihrem Herzen, in der Seele. Aber weshalb; sie mußte das Leid, das über sie hereingebrochen war, geduldig ertragen. Weiter spannen sich ihre Gedanken aus. Sie gedachte ihrer Liebsten, der armen Kinder; sie mußte für diese sorgen und den Kampf ums tägliche Brot aufnehmen. Sie durfte nicht vor Schmerz und Jammer sterben; sie mußte leben... leben... für ihre Kinder. Bisher war sie glücklich gewesen durch die Liebe eines guten Gatten, glücklich in der Ausübung ihrer häuslichen Pflichten. Beide hatten stets ihr schlichtes Zagewerk gut bekommen und gut beendet. Wenn ihr Schaffen und Mühen sich auch häufig lohnte, so hatte es ihnen doch inneren Frieden verliehen, und nun war alles dahin. Endlich löste ein Tränenstrom den brennenden Schmerz ihrer Seele.



Schwere Tage folgten. Die Einsamkeit machte sich fühlbar. Am vierten Tage nach der Beerdigung ihres Mannes kam der kleine Joseph in die Stube und führte ein anderes Kind an der Hand. Welches? Oh, das von ihrem Manne gerettete, bei dessen Rettung er seinen Tod fand. Was regte sich da in der verlassenen Frau? Sie stand und blickte auf das kleine Wesen. War es nicht viel unehrlicher als ihr Mann, der Vater von drei Kindern? Sollte sie jetzt es auch zurückschlendern? Jaß wollte sie es tun. Aber das unschuldige Kind! Es hatte ja niemand auf der Welt. Seine Mutter lag da starr und kalt und tot wie der Vater ihrer Kinder. Da wachte Mitleid in ihrem Herzen auf; sie folgte dem Antriebe des guten Geistes in ihr. Streckte ihre Hände aus und berührte das arme, unsterbliche, verlassene Kind an ihr Herz. „Oh, sollst mein sein wie meine drei. Mein Mann hat dich mit seinem Leben gerettet; ich will auch etwas für dich tun.“

Dann wandte sie sich zu ihren drei Kleinen und bedeckte ihnen, Karl sei von nun an ihr Brüderchen und sollte immer bei ihnen bleiben. Dieser vergaß bald sein eigenes Mütterlein, schmeigte sich ebenso zärtlich an die jegliche Mutter wie Maria, Luise und Joseph und klagte vertraulich seine kleinen Nisse. Da Frau Buchholz eine geschickte Näherin war, schlug sie sich mit Näharbeiten gut durch.

Solch edle Menschen wie diese Mutter und Pflegemutter finden sich nur unter den Armen. Nur sie können fremdes Leid fühlen und Trost geben. In aller Stille opfern sie sich auf, während der Reiche meist nur dann „Gutes“ tut, wenn er öffentlich dafür gepriesen oder mit einem Titel oder Orden ausgezeichnet wird. Solches Gutes ist wertlos, denn es kommt nicht von Herzen. Buchmann.

Der Bettler.

In einem regenkalten Sonntag im Café. Um uns Stimmen und Musik. Der Direktor geht von Tisch zu Tisch und grüßt die Gäste, die er nicht kennt. Die Kellner balancieren ihre Tablettts. Hier ist alles in Ordnung.

Gerade hat der Direktor bei uns seine dritte Begrüßungsrunde begonnen. Gerade vorbeugt sich sein spiegelnd glatt frisierter Kopf mit dem wachamen Diebesgesicht vor einem kleinen Mädchen nebst Kavaliere, die dem Kompliment keine Beachtung schenken. Da erstarrt das Gesicht, bleibt länger geneigt, als es mit Geschäftigkeit und Würde eines Café-Chefs vereinbar ist, schaut über uns hinweg, haftet an der Tür im Hintergrund, die sonst verspäteten Gästen zur Flucht vor der Polizei verhilft. Die Tür ist halb geöffnet, ein graubaariger älterer Mann steht da, unraffiert, in zerrißnenem Rock, den Kragen hochgeschlagen. Erst starrt er ins Lokal, vielleicht wußte er gar nicht, daß er die Tür zu einem Café öffnen würde. Dann bemerkt er den Direktor. Mit unsicheren Knien, auf geplatzten Lackschuhen geht er auf ihn zu. Der Direktor will den Mann schon von sich weisen, doch richtet er sich hoch — die Rechte neßelt dabei verlegen am einzigen Knopf des Cut — und hört den Bettler an, wie der mit nervösem, verzweifeltem Grinsen seinen Spruch murmelt. Dann schüttelt er energisch den Kopf. Winkt dem Kellner, daß der Bettler ja sogleich die Tür wieder finde. Der Alte schaut nicht rechts und nicht links, trotzt mit finsternem Gesicht davon. Der Kellner ordnet dann den Kokosläufer, über den der Eindringling noch beim Hinausgehen stolperte.

Versenklich grüßt uns der Direktor nochmals, obgleich er schon fünf Tische absolviert hatte. Fatal, daß man im Publikum auf die Szene aufmerksam wurde; keiner Firma schadet es, wenn sie vor den Augen der Kundschaft ihre humane Gesinnung dokumentiert. Der Direktor wird sichtlich verlegen, wenn man ihn ansieht, und entschuldigt sich bei einigen Damen.

Aber die Gerechtigkeit rehabilitiert den Direktor; denn schließlich ist man nicht hartzig. Die Gerechtigkeit schickt einen Engel, der in der Uniform einer bekannten Wohltätigkeitsorganisation mit der Sammelbüchse haustert. Der Engel kommt, wie es die Ordnung verlangt, zum Haupteingang herein, geht resolut auf den Direktor zu, den seine Tournee gerade bis zum Eingang geführt hat, und sagt auch seinen Spruch. „Aber selbstverständlich!“ erwidert der Direktor, stellt dem Engel mit weiter Geste sein ganzes Café zur Verfügung und gibt selbst die erste Gabe. Nun geht der Engel der Müdigkeit von Tisch zu Tisch.

Das Gleichgewicht im Café ist wiederhergestellt. Die Humanität hat gesiegt. Die Kellner schwingen mit Verechtigung ihre Tablettts, der Geiger darf mit Hingabe seine fromme Opernpiece spielen. Der Direktor atmet auf, troßt den Beobachtern und beginnt seine neue Runde.

(R. 3. in der „Frkf. Ztg.“ Nr. 518 vom 14. 7. 1930.)

Humoristische Ecke.

Der Herr Teufel.

Mark Twain erzählt, wie er einmal in der Familie eines Freundes zu Besuch weilte und wie die Mutter ihrem Töchterchen sagte: „Pul, Ethel! Was für ein häßliches Wort hast du wieder gesagt!“

„Was hast du denn gesagt?“ erkundigte sich Mark Twain bei dem Kinde. Das Mädchen hatte jedoch bloß vom Teufel gesprochen. Es zögerte ein wenig mit der Antwort und sagte dann:

„Ach, Onkel, ich habe von dem Gentleman gesprochen, der die Hölle unter sich hat...“

Flammende Gedichte.

Ein junger Mann sandte an Mark Twain ein Paket Gedichte mit der Bitte um wohlwollende Begutachtung.

„Ich habe noch andere Eisen im Feuer“, schrieb er in dem Begleitbrief.

Mark Twain antwortete ihm: „Nehmen Sie die Eisen aus dem Feuer und tun Sie die Gedichte rein.“

Aus der Rolle gefallen.

Schmierendirektor: „Sie haben aber gestern den Franz Moor ganz miserabel gespielt!“

Schauspieler: „Wie kann das anders sein, wenn ein Gendarm den ganzen Abend vor mir sitzt!“ (Flieg. Bl.)

Ein Schläuberger.

Bahnhofswirt: „Da scheint der Zug zu kommen! (Nachdem der Fremde eiligst ausgetrunken hat.) Nein, er ist es doch nicht, trinken S' noch eins?“ (Meggend. Bl.)

Der Liebesbofe.

Brant (zum polnischen Offiziersburischen): „So, hier haben Sie einen Laler. Nun sagen Sie mir aber auch, ob der Herr Leutnant oft an mich denkt!“

Burische: „Denkt sich immerfort. So oft Rechnung kommt, sagt Leutnant: Wenn doch erst Hochzeit wär!“

Angenehme Nachbarschaft.

Mieker: „Die Wohnung gefällt mir — aber das große Gebäude dort nimmt zuviel Ausicht weg!“

Hausherr: „Oh, das ist ne Pulverfabrik, die kann jeden Tag in die Luft fliegen!“

Laß Blumen sprechen.

Nur weil Sie Ihrer Frau Blumen zugeworfen haben, hat man Sie zu vier Wochen verdonnert!“

„Ja! Ich hatte allerdings vergessen, die Blumen vorher aus den Köpfen auszunehmen!“